

fonction publique

numéro 275
octobre 2022

54^e année
paraît 4 fois par an

TRIPARTITE: CGFP-AUFTRAG ERFÜLLT



Das jüngste Tripartite-Abkommen berücksichtigt wesentliche Forderungen der CGFP. Die Deckelung der Energiepreise entlastet die Bürger und die Unternehmen. Sie drosselt zudem die Inflation. Das Patronat hatte sich von Beginn an auf den Index eingeschossen. Eine seiner Forderungen zielte darauf ab, mehrere Indexranchen in eine gestaffelte, von der Allgemeinheit finanzierte „prime unique“ umzuwandeln. Zudem sprach sich die UEL für die Einführung einer zweitägigen Karenzzeit bei Krankmeldungen aus. Diese und weitere völlig überzogene Anliegen wurden von der CGFP im Schulterschluss mit den beiden anderen national repräsentativen Gewerkschaften erfolgreich abgewehrt. „fonction publique“ blickt hinter die Kulissen eines 30-stündigen Verhandlungskrimis.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 8 bis 10



LUXEMBURG IM WACHSTUMSRAUSCH



In Luxemburg hat sich die Einwohnerzahl in den vergangenen 60 Jahren mehr als verdoppelt. Die Gesamtzahl der Beschäftigten stieg in dem gleichen Zeitraum um das Dreifache, die der Grenzgänger hat sich sogar um das Siebzigfache (!) erhöht. Diese rasante Entwicklung spiegelt die gute Verfassung der Luxemburger Wirtschaft wider. Die einst heftig debattierte Strategie der „dritten industriellen Revolution“ des US-Wirtschaftsexperten Jeremy Rifkin findet heute kaum noch Erwähnung. Dabei müsste die Debatte, wie viel Wachstum ein Land wie Luxemburg verträgt, dringend geführt werden. Brauchen wir so viel Wachstum? Wie und auf welche Art und Weise ließe sich diese Entwicklung entschleunigen? „fonction publique“ geht diesen Kernfragen auf den Grund.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 12 und 13

CGFP-Führungsduo redet Klartext

Forderung nach einer Punktwertterhöhung

CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger beziehen im Interview mit „fonction publique“ Stellung zu aktuellen politischen Themen wie die geplante Steuerreform, der Kampf gegen die schwindende Kaufkraft und die Parlamentswahlen im kommenden Jahr.

Das CGFP-Führungsduo zieht zudem nach der Herbstklausur des CGFP-Nationalvorstands eine positive Bilanz. Einer der Schwerpunkte bei dem zweitägigen Treffen waren die im öffentlichen Dienst bevorstehenden Gehälterverhandlungen. Aus den zahlreichen Wortmeldungen sei eindeutig hervorgegangen, dass ein weiterer Verzicht auf finanzielle Forderungen unangebracht sei. Folglich werde die CGFP dieses Mal nach etlichen Nullrunden eine Punktwertterhöhung fordern, bestätigt die CGFP-Doppelspitze.

Eine weitere Schlussfolgerung der CGFP-Herbstklausur ergab, dass in manchen Bereichen des Staatsdienstes die Gewerkschafter zunehmend an ihrer Arbeit gehindert

werden. „Es reicht ein für alle Mal! Wenn gewerkschaftliche Freiheiten und Rechte eingeschränkt werden, kann die CGFP nicht tatenlos zusehen“, betonen Romain Wolff und Steve Heiliger. An die politischen Entscheidungsträger geht der Aufruf, den Rechtsrahmen anzupassen, damit die Arbeitnehmervertreter im Staatsdienst ausreichend vor Willkür geschützt werden.

Den Ausgang der jüngsten Tripartite-Verhandlungen wertet das erfahrene CGFP-Tandem als Erfolg. Auch wenn bislang keine Anpassung der Steuertabelle an die Inflation vorgenommen worden sei, nehme die CGFP keineswegs Abstand von dieser Forderung. Ziel der Dreiergespräche sei es gewesen, möglichst schnell der Geldentwertung entgegenzusteuern. Die Angleichung der Steuertabelle sei eine strukturelle Maßnahme, die mehr Zeit erfordere und deshalb im Rahmen einer Steuerreform angegangen werden müsse.

Lesen Sie das ausführliche Interview auf den Seiten 5 bis 7

PERIODIQUE



Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

EDITORIAL

Gewerkschaftliche Freiheiten als oberstes Prinzip

Die CGFP lässt sich nicht mundtot machen

Die Ansage war deutlich, der Unmut war groß: Bei der CGFP-„Rentrée sociale“ Ende September sparten die CGFP-Delegierten nicht mit Kritik: Die auf nationaler und internationaler Ebene anerkannten, grundlegenden Arbeitsnormen müssten eingehalten werden, insbesondere die Gewerkschaftsfreiheit sowie der Schutz des Gewerkschafters (und damit der Gewerkschaftsrechte) müssten gewahrt bleiben. Und wenn die jetzt schon bestehenden Normen nicht ausreichen, um dies zu gewährleisten, sei in erster Linie die Politik gefordert, diesbezüglich nachzubessern, will heißen: gegebenenfalls entsprechende Gesetze zum Schutz des Gewerkschafters zu erlassen.

Gewerkschaftsarbeit ist eine noble Aufgabe. Wer sich gewerkschaftlich engagiert, tut dies nicht *pro domo*, nicht „in eigener Sache“ also, sondern in erster Linie, um für das Gemeinwohl einzutreten, ja, um sich für die Interessen anderer stark zu machen und auf diese Weise einst schwer erkämpfte soziale Errungenschaften zu verteidigen und der Allgemeinheit zu einer Besserstellung zu verhelfen.

Dass Gewerkschafter sich dabei nicht immer beliebt machen, ist gewusst. Letztendlich sind es sie, die den Kopf hinhalten und für etwas gerade stehen müssen, was ganz einfach Gegenstand ihres Auftrags ist. So ist es auch nicht erstaunlich, dass es mitunter schwieriger wird, engagierte Gewerkschafter zu gewinnen.

Dennoch ist und bleibt Gewerkschaftsarbeit eine edle Aufgabe, die letztlich jedem nützt – und das völlig unabhängig davon, auf welcher Sprosse der Karriereleiter man sich gerade befindet. Dass eine gehörige Portion Idealismus und Passion dazu gehören, steht dabei außer Frage. Wer sich allerdings gewerkschaftlich engagiert und erste Erfolge im Interesse der Allgemeinheit erzielt, wird dadurch ermutigt sein, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren.

Anders als im benachbarten Ausland wird in Luxemburg Gewerkschaftsarbeit weitestgehend konsensorientiert gestaltet. Die CGFP – im Schulterschluss mit ihren Mitgliedsorganisationen – führt Gespräche in erster Linie am Verhandlungstisch und versucht dort, Kompromisslösungen zu finden, die sowohl ihren Mitgliedern zugutekommen als auch die Interessen des Landes berücksichtigen. Das heißt aber nicht, dass der Berufsverband aller öffentlich Bediensteten in Luxemburg davor zurückschrecken würde, zu drastischeren Mitteln zu greifen, falls dies erforderlich wäre. Auch in dieser Frage sollte niemand die CGFP und deren Fachverbände unterschätzen!

Völlig untragbar und daher aufs Schärfste zu verurteilen sind allerdings Versuche, Gewerkschafter an der Ausübung ihres Mandats zu hindern, sie mit Sank-

tionen zu belegen oder mit Zurechtweisungen gefügig zu machen. Auffallend ist, dass es solche Einzelfälle zwar schon immer gegeben hat, solche Vorgehen sich aber insbesondere in jüngster Vergangenheit systematisch häufen, fast schon wie eine konzertierte Aktion.

Einige Beispiele:

Gewerkschaftsvertreter, die ein Mitglied unterstützend in ein Gespräch begleiten, müssen damit rechnen, vor den für Disziplinaruntersuchungen zuständigen Regierungskommissar vorgeladen zu werden, um unter Eid und unter Androhung einer strafrechtlichen Verfolgung befragt zu werden. Im äußersten Falle könnten sie sogar gezwungen werden, zu Lasten des Gewerkschaftsmitglieds auszusagen – und das, obwohl der Gewerkschafter in erster Linie eine Vertrauensperson für das Gewerkschaftsmitglied sein soll.

Gewerkschafter, die in einer öffentlichen Ansprache ihren Unmut gegenüber einem Vorgesetzten zum Ausdruck bringen, riskieren eine Strafanzeige – und das, obwohl sie die Äußerungen nicht als Privatperson, sondern in Ausübung ihres Mandats gemacht haben. Auch wenn die Staatsanwaltschaft die Fakten als unzureichend für eine Strafverfolgung wertet, reichen sie allemal für eine Warnung („Avertissement“). Hinzu kommt die Mahnung, dass besagter Gewerkschafter im Wiederholungsfall nicht nur wegen der dann neuen Fakten, sondern auch wegen der ihm jetzt vorgeworfenen Handlungen vor das Strafgericht geladen werde.

Bedienstete, die sich der Gewerkschaftsarbeit verschreiben, haben ein Anrecht auf Freistellungen, um ihren Aufgaben und ihrem Mandat im Interesse der Allgemeinheit gerecht zu werden. Gleiches gilt für gewählte Mitglieder der Berufskammer der öffentlich Bediensteten, dem institutionellen Arm der Gewerkschaftsarbeit im öffentlichen Dienst. Wenn

Verwaltungen, vermutlich aufgrund eines politischen Drucks, das Recht auf Freistellungen, sowohl für Gewerkschaftsarbeit als auch für die Vorbereitung von Plenarsitzungen der Berufskammer, auf einmal infrage stellen, lässt das tief blicken...

Diese Liste ließe sich beliebig lang fortsetzen. Die hier geschilderten Beispiele sind in der Tat keine Einzelfälle. Sie verfolgen allesamt ein und dasselbe Ziel: Gewerkschafter einzuschüchtern und im äußersten Falle zum Schweigen zu bringen, wie es auch der Nationalpräsident der CGFP jüngst anlässlich der Jahreshauptversammlung eines CGFP-Fachverbandes treffend auf den Punkt brachte.

Unerwähnt blieben bislang auch die befürchteten Versetzungen von engagierten Gewerkschaftern, die sich von heute auf morgen, ohne triftigen Grund, in anderen Dienststellen, anderen Verwaltungen oder ganz einfach ohne Tätigkeit in ihrer eigenen Behörde wiederfinden könnten. Begründet wird dies mitunter mit der Aussage, dass dem Bediensteten wegen seiner Gewerkschaftsarbeit „nicht mehr zu trauen“ sei.

Die CGFP jedenfalls wird sich keinesfalls „mundtot“ machen lassen. Sie hat den ganz klaren Auftrag von ihren Fachverbänden, bei derartigen Vorgehen mit aller Entschlossenheit einzugreifen. Und genau das wird sie auch tun. Es geht hierbei immerhin um den Erhalt und die Festigung fundamentaler Grundrechte, ja, um die Verteidigung gewerkschaftlicher Freiheiten.

Wenn sich der Verhandlungstisch als ungeeigneter Ort für solch grundlegende Prinzipien herausstellen sollte, wird sie auch nicht davor zurückschrecken, andere gewerkschaftliche Maßnahmen einzuleiten. Die CGFP ist fest dazu entschlossen – und dessen sollte man sich stets bewusst sein!

Steve Heiliger,
CGFP-Generalsekretär



Nach méi séier informéiert

Suivéiert
d'CGFP op **Twitter**

 **@Cgfp_lu**



Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 20 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1
Impression: Mediahuis Luxembourg S.A.

La reproduction d'articles, même par extraits,
n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement
l'avis de la CGFP.



Bâloise
Assurances

MOINS CHER MAIS PAS MOINS COUVERT

**SOLDE
RESTANT
DÛ**

Votre assurance solde
restant dû moins chère
Comparez les garanties

www.cgfp-assurances.lu

CGFP
Assurances

16, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
tél.: (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu

Interview mit CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger

„Die gewerkschaftlichen Rechte müssen stärker gesetzlich verankert werden“

Auf der Herbstklausur des CGFP-Nationalvorstands beklagten sich mehrere Fachverbände darüber, dass in einigen Bereichen des öffentlichen Dienstes zunehmend versucht werde, Gewerkschafter mundtot zu machen. Die CGFP werde sich entschlossen dagegen zur Wehr setzen, stellen CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger im Interview mit „fonction publique“ klar. Mit Blick auf die bevorstehenden Gehälterverhandlungen im öffentlichen Dienst wird die CGFP u.a. eine Punktwerthöhung fordern. Das CGFP-Führungsduo bezieht zudem auch Stellung zur geplanten Steuerreform, zum Tripartite-Ausgang und zum Bewertungssystem.

fonction publique (fp): Der Kampf gegen die Pandemie, der Krieg in der Ukraine, eine galoppierende Inflation und der damit einhergehende Kaufkraftverlust der Bürger: Wie meistert die CGFP all diese Herausforderungen?

Romain Wolff (RW): Ich muss zugeben, dass die vergangenen zwei Jahre kräfteaufwendend waren. Nachdem der Höhepunkt der Corona-Krise überwunden war, herrschte überall große Zuversicht, dass sich die Dinge endlich zum Besseren wenden. Die Freude war jedoch von kurzer Dauer. Seit Februar tobt der Krieg in der Ukraine. In den vergangenen Wochen und Monaten wurde sich auf gewerkschaftlicher und politischer Ebene intensiv mit den wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Konflikts auseinandergesetzt. Auch wenn die fortlaufende Inflation vielen Bürgern zunehmend zu schaffen macht, sollte man das menschliche Leid, das der Ukraine-Krieg verursacht, nie aus den Augen verlieren.

Steve Heiliger (SH): Gerade in dieser von Unsicherheit geprägten Zeit wurde die CGFP wieder einmal ihrer Rolle gerecht. Als national repräsentative Gewerkschaft im öffentlichen Dienst hat sie es durch den Zusammenhalt und die Stärke in ihren eigenen Reihen geschafft, wirksam für ihre Mitglieder und den gesamten Staatsdienst einzutreten.

fp: Ende September fand eine zweitägige Klausurtagung des CGFP-Nationalvorstands statt. Was behalten Sie aus diesen Beratungen zurück?

RW: Auf der Agenda standen zahlreiche aktuelle Themen. Einer der Schwerpunkte waren die künftigen Gehälterverhandlungen im öffentlichen Dienst. Die Vertreter der größten Mitgliedsorganisationen haben ihre diesbezüglichen Überlegungen vorgestellt.

fp: Für die CGFP stellt diese Vorgehensweise ein Novum dar. Warum haben Sie diesen Weg eingeschlagen?

RW: Ein Novum? Nicht ganz. Bereits 2020 hatte die CGFP-Exekutive die Fachverbände darum gebeten, ihre Erwartungen im Hinblick auf das damals auszuhandelnde Gehälterabkommen schriftlich einzureichen. Dieses Mal haben wir uns direkt an den CGFP-Nationalvorstand gerichtet.

SH: Vor zwei Jahren sprach sich ein Teil der CGFP-Mitgliedsorganisationen für eine Punktwerthöhung aus. Damals wurde durch einen mehrheitlichen Beschluss darauf verzichtet, finanzielle Forderungen zu erheben. Wir fanden, dass solche Ansprüche zu dem Zeitpunkt unangebracht waren. Dieses Mal ist die Ausgangslage jedoch eine andere als noch vor zwei Jahren.

fp: Inwiefern?

SH: Während der Klausur des Nationalvorstands wurde in zahlreichen Wortmeldungen immer wieder darauf hingewiesen, dass die CGFP in den vergangenen Jahren die Solidarität in den Vordergrund gestellt habe. Das Gremium gelangte jedoch zum Schluss, dass diese Gutmütigkeit jetzt allmählich an ihre Grenzen stoße.

RW: Dabei geht es keineswegs darum, reflexartig eine Forderung zu erheben, weil sich das als Gewerkschaft so gehört. Nein, das Ziel besteht vielmehr darin, die hervorragende und engagierte Arbeit, die während der Pandemie – und darüber hinaus – in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes geleistet wurde, entsprechend zu würdigen.

fp: Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Regierung das auch so sieht?

SH: Die Nachbarstaaten haben es Luxemburg bereits vorgemacht. Die Dreierkoalition sollte sich daran ein Beispiel nehmen.

RW: Beifall klatschen reicht in diesem Fall nicht aus!

fp: Die CGFP fordert dieses Mal also eine Punktwerthöhung?

SH: Ja!

fp: In welcher Größenordnung?

RW: Die Analyse ist noch nicht vollständig abgeschlossen. Auf der CGFP-Herbstklausur wurde ein breites Spektrum an Ideen vorgelegt, die allesamt im Interesse des öffentlichen Dienstes und des gesamten Landes stehen. Die CGFP-Exekutive wird eine Synthese erstellen. Auf dieser Grundlage wird ein umfassender Forderungskatalog ausgearbeitet.

fp: Steht bereits ein genauer Termin für den Auftakt der Gehälterverhandlungen fest oder wartet die CGFP bis der Minister auf sie zukommt?

SH: In der Vergangenheit wurde es immer so gehandhabt, dass die CGFP ihre Forderungen zu einem bestimmten Zeitpunkt vorgestellt hat. Sobald der Forderungskatalog endgültig steht, wird die CGFP dieses Dokument dem Minister des öffentlichen Dienstes vorlegen.

fp: Die CGFP hatte bereits im Vorfeld der Herbst-Tripartite darauf gepocht, dass diese Dreiergespräche nicht mit den Gehälterverhandlungen vermischt werden dürfen. Warum ist Ihnen das so wichtig?

RW: Das wurde immer so gehandhabt. Hin und wieder haben die verschiedenen Regierungen versucht, beides miteinander zu vermischen. Die CGFP hat sich dem jedoch stets widersetzt. Als einzige national repräsentative Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes besteht die CGFP zu Recht darauf, das entspre-

chende Gehälterabkommen allein mit der Regierung auszuhandeln.

SH: Anderen Akteuren wie z.B. dem Patronat steht es nicht zu, in dieser Angelegenheit ein Wort mitzureden. Die Verhandlungen zum Besoldungsabkommen im öffentlichen Dienst werden ausschließlich mit der CGFP geführt. Die Tripartite ist nicht der geeignete Ort für Gehälterverhandlungen.

RW: Gleiches gilt auch im Umkehrschluss: Die Kollektivvertragsverhandlungen, die in den Privatunternehmen geführt werden, sind auch nicht Bestandteil der Tripartite.

fp: Im März stimmte die CGFP einem Abkommen zu, mit dem die Juli-Indextranche auf April 2023 verlegt wird. Im September kam eine Index-Verschiebung für die CGFP plötzlich nicht mehr infrage. Das wirkt auf den ersten Blick inkonsequent...

RW: Die Lage war dieses Mal – zumindest was das Zahlenmaterial betrifft – völlig anders als noch im März. Die Statec-Daten, die uns im Herbst vorgelegt wurden, sind nicht deckungsgleich mit jenen, die im vergangenen März veröffentlicht wurden. Vor sechs Monaten ging die Statistikbehörde noch davon aus, dass 2023 nahezu keine Indextranche fällig sein werde! Gemäß dem Auftrag des Nationalvorstands erklärte sich die CGFP damals insbesondere gegenüber den Geringverdienern solidarisch. Sie leiden am meisten unter den Preissteigerungen.

SH: Auch beim vorigen Tripartite-Abkommen im März hätte die CGFP einer Index-Verschiebung niemals zugestimmt, wenn nicht simultan Kompensierungen beschlossen worden wären. Einen solchen Ausgleich gab es in dem Umfang noch nie. Die Tripartite-Beschlüsse, die im März getroffen wurden, entsprachen unserem Mandat. Neben dem Erhalt des bewährten Indexmechanismus hat sich die CGFP unter anderem auch für eine Überkompensierung der niedrigen Einkünfte eingesetzt.

fp: Im Gegensatz zum Tripartite-Abkommen im März hielt die Gewerkschafts-

front dieses Mal dem Druck stand. War viel Überzeugungsarbeit dafür nötig?

RW: Nein, überhaupt nicht. Vom Anfang bis zum Schluss haben die drei national repräsentativen Gewerkschaften Seite an Seite erfolgreich für den Erhalt der sozialen Errungenschaften gekämpft. Bereits im Vorfeld hatten sich die Arbeitnehmervertreter über ihre Vorgehensweise untereinander abgestimmt. Dabei ließ die CGFP mehrmals öffentlich verlauten, dass Index-Verschiebungen nicht zur Regel werden dürfen.

SH: Auch im März bröckelte die Gewerkschaftsfront nicht wirklich. Die Arbeitnehmervertreter trugen gemeinsam ihre Forderungen in der Tripartite vor. Bis zum Schluss traten sie geschlossen auf. Nach dem Abschluss der Verhandlungen mussten die drei Gewerkschaften jedoch den Auftrag ihrer jeweiligen Basis erfüllen.

fp: Besteht nicht die Gefahr, dass die Tripartite zu einem Dauerkriseninstrument wird?

SH: Vor nicht allzu langer Zeit hatte die CGFP die Einberufung einer Tripartite gefordert, weil es deutliche Anzeichen gab, dass wir in einer brenzligen Situation stecken würden. Die Regierung war jedoch damals der Ansicht, dass keine Krisenstimmung herrsche und somit keine Tripartite erforderlich sei. Dies zeigt, wie wichtig eine Fristenklausel ist.

RW: Schon im März hatte die CGFP kurz vor dem Abschluss der Tripartite-Verhandlungen dafür gesorgt, dass in dem Abkommen eine „clause de rendez-vous“ beigefügt wurde. Dieser Zusatz erwies sich später als sehr wichtig: Der Regierung blieb nichts mehr anderes übrig, als eine Herbst-Tripartite einzu-berufen.

Fortsetzung siehe Seite 6

„ Ja, die CGFP wird dieses Mal eine Punktwert-erhöhung fordern. “

Steve HEILIGER





Fortsetzung von Seite 5

fp: „Eine Indexierung ist nicht das Heilmittel gegen die Krise. Etwas Unsozialeres als die Indexierung kann ich mir nicht vorstellen. Ich verstehe nicht, warum die Gewerkschaften nicht gegen die Indexierung auf die Straße gehen“, kommt ihnen dieses Zitat bekannt vor?

SH: Ich nehme an, Sie spielen auf eine Aussage an, die der UEL-Präsident in einem „Paperjam“-Interview gemacht hat, als die Tripartite noch tagte.

fp: Ja, genau. Was setzen Sie dem entgegen?

SH: Sozialpolitik wird nicht über den Indexmechanismus, sondern über die Steuerpolitik gestaltet.

RW: Davon abgesehen zahlen diejenigen, die bei einer Indexranche einen größeren Betrag erhalten, auch viel Steuern darauf. Von den Sozialabgaben und der Solidaritätssteuer, die erhoben wird, ganz zu schweigen.

SH: Der Indexmechanismus geht zurück auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Die Wirtschaft lag in Trümmern und die Menschen gerieten durch die Preisexplosion zunehmend in Not. Zur Wahrung der Kaufkraft wurde der Indexmechanismus 1921 erstmals im öffentlichen Dienst eingeführt. Sechs Jahre später folgte der kommunale Sektor. In den siebziger Jahren wurde der Index auch für den Privatsektor gesetzlich verankert. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich der Indexmechanismus als ein wahrer Garant für den sozialen Frieden erwiesen.

RW: Luxemburg bleibt somit als Wirtschaftsstandort attraktiv. Im Vergleich zu vielen anderen Ländern hat das Großherzogtum in all diesen Jahren die Krisen gut gemeistert, ohne dass es größere soziale Unruhen gab. Was das anbelangt, blicken unsere Nachbarstaaten neidvoll auf uns. Diese Tatsache kann sogar das Patronat nicht abstreiten. Den Index mehr als 100 Jahre nach seiner Einführung schlechtzureden und ihn als unsozial darzustellen, wirkt daher nicht sehr glaubhaft.

fp: Laut den jüngsten Berechnungen sollen die Tripartite-Beschlüsse die Inflation im kommenden Jahr auf 2,8% dämpfen. Sollte dies gelingen, wäre Luxemburg im Vergleich zu den meisten Ländern, die mit einer zweistelligen Teuerungsrate zu kämpfen haben, ein absoluter Musterschüler. Halten Sie diese Prognose für realistisch?

RW: Die Berechnungen wurden von der Statistikbehörde durchgeführt. Es sind die einzigen Zahlen, die uns zur Verfügung stehen. Wie diese Berechnungen im Detail durchgeführt werden, entzieht sich unserer Kenntnis. Das ist nicht unser Fachgebiet.

SH: Und da wir auf diesem Gebiet keine Fachexperten sind, war es umso wichtiger, jeweils eine Klausel in den Tripartite-Abkommen zu erwirken, die eine Wiederaufnahme der Dreiergespräche vorsieht, falls sich die wirtschaftliche Lage substantiell verschlechtert sollte.

RW: Ich persönlich gehe davon aus, dass Mitte kommenden Jahres wieder eine neue Tripartite-Runde nötig sein wird. Umso besser, wenn dieses Szenario nicht eintritt.

fp: In der jüngsten Vergangenheit musste der Staat des Öfteren eingreifen – Pandemie, Tripartite-Abkommen, Konjunkturpaket, Rettung der Banken – Dieser finanzielle Spielraum ist jedoch nicht unbegrenzt...

SH: Die Krisenzeiten, mit denen wir zurzeit konfrontiert sind, erfordern ein schnelles und wirksames Eingreifen des Staates. Alles andere würde langfristig gesehen weitaus mehr Schaden anrichten als die Ausgaben, die zur Überwindung der Krisen getätigt werden. Die Folgen eines Nicht-Eingreifens wären verheerend. Zahlreiche Haushalte bis tief in die Mittelschicht hätten Probleme, finanziell über die Runden zu kommen. Viele Unternehmen würden zudem Gefahr laufen, Insolvenz anzumelden. Somit stünden viele Arbeitsplätze auf dem Spiel.

fp: Welche langfristige Lösung schlagen Sie zur Finanzierung der Hilfsmaßnahmen vor?

RW: Ihre Frage tangiert die Steuererechtigkeit. Viele multinationale Konzerne zahlen immer noch sehr wenig Steuern, obwohl sie kolossale Gewinne erzielen. Das kann nicht sein. Hier drängt sich ein Paradigmenwechsel auf.

SH: Die EU-Energieminister haben jüngst Notmaßnahmen zur Entlastung der Verbraucher beschlossen. Energieunternehmen, die z.B. derzeit prächtig am teuren Strom verdienen, müssen künftig einen Teil ihrer Krisengewinne an den Staat abgeben. Die neuen staatlichen Einnahmen, die sich daraus ergeben, werden zur Finanzierung der Entlastung genutzt. Man darf allerdings gespannt sein, wie dies in der Praxis geregelt wird. Wann sollen die finanziellen Hilfen die Bürger erreichen und wer sind eigentlich die Nutznießer?

RW: Seit Jahren wurde die Steuertabelle nicht an die Inflation angepasst. Vorwiegend die Mittelschicht leidet darunter. Im Endeffekt zahlen die Pri-

RW: Zu Beginn der Tripartite-Verhandlungen stellte die CGFP drei Hauptforderungen. Zwei davon wurden erfüllt. Dazu zählen der resolute Kampf gegen die besorgniserregende Geldentwertung sowie der integrale Erhalt des Indexmechanismus. Lediglich bei der Anpassung der Steuertabelle an die Inflation erhielten wir keine Genugtuung. Ab und zu muss jeder einige Kompromisse eingehen, andernfalls kommt nie eine Übereinkunft zustande.

SH: Die Tripartite-Beschlüsse sind kurzfristige Maßnahmen. Die Anpassung der Steuertabelle an die Inflation ist jedoch eine Forderung struktureller Natur, die mehr Zeit erfordert. Die CGFP rückt keineswegs davon ab, vor allem mit Blick auf die große Steuerreform.

RW: Die CGFP geht fest davon aus, dass sich die Forderung nach einer Angleichung der Steuertabelle an die Inflation in sämtlichen Wahlprogrammen wiederfinden wird.

fp: Welche weitere Forderungen stellt die CGFP im Hinblick auf die geplante Steuerreform?

„ Sozialpolitik wird nicht über den Indexmechanismus, sondern über die Steuerpolitik gestaltet. “

Steve HEILIGER

vathaushalte die Zeche. Solidarität? Ja, aber nicht ausschließlich auf Kosten der natürlichen Personen. Die politischen Entscheidungsträger sollen das zur Finanzierung der Krisenpakete benötigte Geld bei jenen Großkonzernen abschöpfen, die zurzeit historische Gewinne einfahren. Die CGFP braucht sich jedenfalls in puncto Solidarität nichts vorzuwerfen. Beim letzten Gehälterabkommen verzichtete sie z.B. auf eine Erhöhung des Punktwerts.

fp: Bei der letzten Tripartite spielte die Klimafrage eine untergeordnete Rolle. Werden bei der CGFP gewerkschaftliche Kernthemen wie bessere Arbeitsbedingungen oder höhere Gehälter der Klimafrage übergeordnet?

SH: Auf keinen Fall! In Krisenzeiten müssen ideologische Überzeugungen allerdings etwas in den Hintergrund rücken. Das ist nun mal eine Realität.

fp: Die CGFP hatte auch Bedenken bezüglich der Einführung einer CO2-Steuer...

SH: Derzeit stecken wir allesamt in einer Krise größeren Ausmaßes, die den Menschen wenig Planungssicherheit gibt. Zudem handelt es sich bei den Tripartite-Beschlüssen um zeitlich begrenzte Maßnahmen. Diese zielen darauf ab, sowohl die Bürger als auch die Betriebe zu unterstützen, die ohne Hilfe nicht in der Lage gewesen wären, die aktuelle Krise zu überbrücken. Der Klimaschutz ist jedoch der CGFP ein sehr wichtiges Anliegen. Sie unternimmt viele Bemühungen, die dem Klimaschutz zugutekommen. Eine davon ist die Neuregelung des Homeoffice, der zu einer Verkehrs- und Umweltentlastung führt.

fp: Weshalb hat die CGFP bei ihrer langjährigen Forderung nach der Anpassung der Steuertabelle an die Inflation nachgegeben?

RW: Bei niedrigen Gehältern sollte die hohe Besteuerung später einsetzen, als dies jetzt der Fall ist. Nach Ansicht der CGFP müssen insbesondere im Bereich der Mittelschicht zusätzliche Stufen hinzugefügt werden, um den „Mittelstandsbuckel“ ein Stück weit weg abzubauen. In Bezug auf die Großverdiener darf man sich einer Diskussion über eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes nicht verschließen. Wenn man in der obersten Gehaltsklasse eine zusätzliche Stufe hinzufügt, dann stellt sich allerdings die Frage, wo man genau ansetzt.

fp: Erst kürzlich räumte die Vizepremierministerin in einem RTL-Interview ein, dass Sie sich der Einführung einer Erbschaftssteuer in direkter Linie nicht verschließen würde, vorausgesetzt, dass ein sehr hoher Freibetrag festgelegt werde. Welchen Standpunkt vertritt die CGFP?

RW: In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass eine Person, die nach einer Erbschaft die betreffende Immobilie veräußert, 20 % vom Verkaufsbetrag an Steuern zahlen muss. Die mögliche Einführung einer Erbschaftssteuer in direkter Linie birgt viele offene Fragen. Spätestens wenn es darum geht, den Freibetrag festzulegen, dürften sich die Gemüter erhitzen...

SH: ...und die finanziellen Mittel, die zur Anschaffung der entsprechenden Immobilie erforderlich waren, wurden zuvor bereits einmal besteuert. Wird eine geerbte Wohnung vermietet, werden die Mieteinnahmen ebenfalls besteuert.

fp: 2023 steht uns ein Superwahljahr bevor. Wie wird die CGFP im Vorfeld der Parlamentswahlen Stellung beziehen?

SH: Die CGFP wird demnächst – wie schon in der Vergangenheit – ihre Wahlprüfsteine ausarbeiten. Die Parteien werden dazu aufgefordert, Stellung zu diesem umfassenden Fragenkatalog zu beziehen.

„ Wir gehen davon aus, dass sich die Forderung nach einer Angleichung der Steuertabelle an die Inflation in allen Wahlprogrammen wiederfinden wird. “

Romain WOLFF



RW: Die jeweiligen Antworten werden anschließend in der CGFP-Gewerkschaftszeitung „fonction publique“ veröffentlicht. Somit können sich alle Staatsbedienstete nach bestem Wissen und Gewissen ein Bild davon machen, welche Partei Ihre Interessen am besten vertritt. Die Fragen werden sich nicht nur auf den öffentlichen Dienst beschränken.

fp: Wird die CGFP auch dieses Mal wieder auf eine Wahlempfehlung verzichten?

RW: Ja. Unsere Mitglieder sind groß und alt genug, um abzuwägen, welche Partei am besten geeignet ist, ihre Interessen zu vertreten.

SH: Unabhängig von den Parlamentswahlen bleibt unser Auftrag immer der gleiche: Die CGFP setzt sich für den öffentlichen Dienst und in erster Linie für die Staatsbediensteten ein, ohne dabei die Interessen des Landes aus den Augen zu verlieren.

fp: Seit ihrer Gründung legt die CGFP viel Wert auf ihre Überparteilichkeit. Ist es nicht von Vorteil, wenn eine Gewerkschaft enge Verbindungen zu einer Partei pflegt, um somit mehr Einfluss auf den Entscheidungsprozess zu nehmen?

SH: Diese Unabhängigkeit ist der Schlüssel zum Erfolg der CGFP. Ganz gleich wie ihre persönlichen politischen Gesinnungen sind, die CGFP-Mitglieder fühlen sich bei ihrem Dachverband gut aufgehoben. Dank ihrer Überparteilichkeit kann die CGFP den Dialog mit allen politischen Kräften aufnehmen. Folglich können wir – falls es denn notwendig ist – sie auch zur Rechenschaft ziehen, ohne dabei Rücksicht auf politische Sensibilitäten nehmen zu müssen.

fp: Im Hinblick auf die Parlamentswahlen werden derzeit in den Parteizentralen die Wahlprogramme aufgestellt. Welche Punkte, die den Staatsdienst betreffen, müssen unbedingt darin erwähnt werden?

SH: Die Parteien müssen sich zu einem leistungsstarken öffentlichen Dienst bekennen, der, wie es die jüngste Vergangenheit eindrucksvoll gezeigt hat, unentbehrlich ist, wenn es darum geht, das Land durch schwere Zeiten zu führen.

RW: Die politisch Verantwortlichen müssen endlich mit dem guten Beispiel vorangehen und den öffentlich Bediensteten Rückendeckung geben.

dem privatrechtlichen Sektor und dem öffentlichen Dienst zu machen, so wie es jüngst der Fall bei der BCEE war.

fp: In den öffentlichen Einrichtungen werden fast nur noch Mitarbeiter mit privatrechtlichem Statut eingestellt. Bereitet Ihnen diese Entwicklung keine Sorgen?

RW: Vor Jahren hatte die CGFP ein Gehälterabkommen ausgehandelt, demzufolge – so weit wie möglich – keine neuen öffentlichen Einrichtungen mehr geschaffen werden sollten. Außerdem wurde damals festgehalten, bei den bereits bestehenden „Établissements publics“ nur noch Mitarbeiter mit dem öffentlich-rechtlichen Statut einzustellen. Die CGFP wird darauf pochen, dass sich die Regierung an diese Abmachungen hält.

fp: Seit 2016 ärgert sich die CGFP über die Einführung des Bewertungssystems im öffentlichen Dienst. Vor zwei Jahren hatten Sie gegenüber „fonction publique“ versichert, die CGFP werde nicht mehr länger zusehen. Welches Fazit ziehen Sie heute?

SH: Wir lassen diese Forderung vorerst ruhen.

fp: Wieso?

SH: Wir sind zur Erkenntnis gelangt, dass die Abschaffung des unsäglichen Bewertungssystems mit dieser Regierung sehr schwer umzusetzen ist. Aus diesem Grund stellen wir diese Forderung bis auf Weiteres zurück – zumindest für die nächsten zwölf Monate. Nach den Parlamentswahlen werden wir dieses Anliegen sicherlich wieder in den Vordergrund stellen.

fp: Gemäß dem Gehälterabkommen hat die CGFP mit dem Beamtenminister die Neuregelung für das Homeoffice im Staatsdienst ausgearbeitet. Was waren die Knackpunkte?

RW: Künftig wird jede Verwaltung dazu angewiesen, die für die Telearbeit geeigneten Posten zu definieren. Dies wird in enger Abstimmung mit der betreffenden Personalvertretung innerhalb von sechs Monaten geschehen. Die CGFP hat darauf gepocht, dass eine Frist festgelegt wurde. Zudem ist das Recht auf Abschalten gewährleistet. Auch muss das Homeoffice nicht zwingend im Hauptwohnsitz stattfinden.

fp: Die letzte große CGFP-Protestkundgebung fand 2018 vor dem BCEE-Hauptsitz statt. Auslöser war die Nicht-Umsetzung der Dienstrechtsreform bei der „Spuerkeess“. Seitdem rief die CGFP nicht mehr zu einer Demonstration auf. Ist die CGFP zahm geworden oder hat sie ihre Strategie geändert?

SH: Während der Pandemie waren die gewerkschaftlichen Mittel stark eingeschränkt. Die CGFP hat ihre Strategie nicht geändert. Sie führt grundsätzlich die Gespräche am Verhandlungstisch. Erst wenn sich herausstellt, dass wesentliche berechnete Forderungen nicht berücksichtigt werden, zögert sie nicht, auf alle gewerkschaftlichen Mittel zurückzugreifen, die ihr zur Verfügung stehen.

fp: Die Beziehungen zwischen der CGFP und dem Minister des öffentlichen Dienstes waren des Öfteren angespannt. Hat sich das Klima mittlerweile verbessert?

SH (schmunzelt): Die CGFP blickt nach vorne. Wie bereits zuvor angesprochen, werden demnächst die Gehälterverhand-



lungen beginnen. Ob diese Gespräche in einer angespannten Atmosphäre oder in einem konstruktiven Klima ablaufen werden, hängt größtenteils von der Reaktion der Gegenseite ab.

fp: Mehrere CGFP-Fachverbände beklagen sich darüber, dass zunehmend versucht werde, Gewerkschafter mundtot zu machen. Oft werde dabei auf Methoden zurückgegriffen, die einer Erpressung gleichkämen, hieß es. Wie bewerten Sie die Lage?

RW: Die CGFP wird nicht tatenlos zusehen. Wenn gewerkschaftliche Freiheiten eingeschränkt werden, greift sie mit aller Entschlossenheit ein.

fp: Können Sie das bitte etwas näher erläutern?

RW: Die CGFP wird sich gegen diese fragwürdigen Praktiken vehement zur Wehr setzen. Dabei wird sie nicht davor zurückschrecken, alles Erdenkliche zu unternehmen, was auf gewerkschaftlicher Ebene möglich ist. Wir erwarten uns von der Politik, dass sie den Rechtsrahmen so anpasst damit die gewerkschaftlichen Freiheiten und Rechte verstärkt gesetzlich verankert werden. Ein Arbeitnehmervertreter, der im öffentlichen Dienst tätig ist, muss in demselben Maße geschützt sein, wie dies derzeit schon in der Privatwirtschaft der Fall ist. Wir brauchen wesentlich mehr Garantien, die sicherstellen, dass die Gewerkschafter im Staatsdienst keine Nachteile erfahren und vor willkürlichen Strafmaßnahmen geschützt werden. Es reicht, das Maß ist voll!

fp: Dem Vernehmen nach wird es zunehmend schwierig, Menschen ausfindig zu machen, die bereit sind, sich gewerkschaftlich einzusetzen. Trifft das auch auf die CGFP zu?

RW: Die CGFP hat sofort nach ihrer Gründung sehr schnell im öffentlichen Dienst Fuß gefasst und in all den Jahren ihre Vormachtstellung souverän verteidigt. In Luxemburg zählt der Staatsdienst zu jenen Bereichen, die gut syndikalisiert sind. Der gewerkschaftliche Organisati-

onsgrad liegt mit nahezu 90% auf einem sehr hohen Level. Das ist auch der Verdienst der CGFP...

SH: ...wohlwissend, dass es insgesamt immer schwieriger wird, Menschen für die Freiwilligenarbeit zu gewinnen. Für die gewerkschaftliche Arbeit gilt dies umso mehr, da man in der Freizeit den Kopf für andere hinhält. Dies erfordert schon eine Portion Idealismus und Mut. Ich möchte jedoch die Menschen dazu ermutigen, sich gewerkschaftlich zu engagieren. Sie werden schnell feststellen, dass es sich um ein sehr interessantes und spannendes Abenteuer handelt.

fp: In den USA entstehen zurzeit sowohl im Start-up-Bereich als auch in Großkonzernen wie Apple oder Amazon neue Gewerkschaften. Ist in Europa mit einem ähnlichen Aufschwung zu rechnen?

SH: Unsere Vorgänger haben lange für die sozialen Errungenschaften gekämpft. Gerade in diesen schwierigen Zeiten versuchen wir, diese Errungenschaften, die heute oft als eine Selbstverständlichkeit wahrgenommen werden, erfolgreich zu verteidigen.

RW: In der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 wurden wir diesem Auftrag gerecht. Auch in der Corona-Krise und jetzt beim Kampf gegen die Inflation haben wir es geschafft, die sozialen Errungenschaften, wie z.B. den Erhalt des Indexmechanismus, aufrechtzuerhalten.

SH: Gleichzeitig sind wir stets darum bemüht, unsere Forderungen mit Blick auf die heutige Zeit anzupassen. Die Kernaufgabe der CGFP besteht darin, für die Interessen ihrer Mitglieder und darüber hinaus für die Belange des gesamten öffentlichen Dienstes einzutreten. Ich zweifle nicht daran, dass die CGFP im Schulterschluss mit ihrer starken Basis ihre hoch gesteckten Ziele auch in Zukunft verwirklichen wird.

fp: Vielen Dank für das Gespräch!

**Die Fragen stellte
Max Lemmer**



Die gewerkschaftlichen Freiheiten und Rechte müssen verstärkt gesetzlich verankert werden.

Romain WOLFF

Die staatlichen Mitarbeiter verdienen Respekt und Anerkennung. Wenn öffentlich Bedienstete unberechtigten Kritiken ausgesetzt sind, ist es an der Politik, sich schützend vor sie zu stellen. Bei Wahlkampfauftritten loben Politiker häufig den Staatsdienst über den grünen Klee. Im Anschluss daran werden jedoch oft Beschlüsse gefasst, die ganz und gar nicht im Interesse eines gut funktionierenden öffentlichen Dienstes stehen. Wie so oft liegen hier Theorie und Praxis weit auseinander. Die Politiker sollen es nicht nur bei Sonntagsreden belassen.

SH: Anstatt externe Beraterunternehmen damit zu beauftragen, kostspielige Studien durchzuführen, täten die politischen Entscheidungsträger besser daran, den Mitarbeitern, die den verwaltungsinternen Ablaufprozess am besten kennen, verstärkt zuzuhören. Dies macht weitaus mehr Sinn als sich auf sündhaft teure Gutachten von selbsternannten Experten zu berufen. Diese vermeintlichen Spezialisten sind zum Teil nicht einmal in der Lage, den Unterschied zwischen



Ein Blick hinter die Kulissen der Tripartite-Verhandlungen

Spürbare finanzielle Entlastungen für die Bürger

Nachdem es lange Zeit nach einem Scheitern der Tripartite-Verhandlungen ausgesehen hatte, fanden die Regierung und die Sozialpartner am 20. September eine Einigung. Nach einem Sitzungsmarathon von 30 Stunden wurde ein umfangreiches Hilfspaket für die Haushalte und die Unternehmen geschnürt. Ziel ist es, die Inflation einzudämmen und gleichzeitig die Kaufkraft der Bevölkerung zu stärken. Den vermehrten Angriffen auf den Indexmechanismus hielt die CGFP im Schulterschluss mit den beiden anderen großen Gewerkschaften mit Erfolg stand.

Bereits im August deuteten die Stateg-Zahlen immer mehr an, dass zum Jahresende eine weitere Indexbranche fällig würde. Somit stand fest, dass eine Neuauflage der Tripartite bald anstehen würde. Schon bei den Dreiergesprächen im März hatte sich die Regierung auf Drängen, u.a. der CGFP dazu verpflichtet, das Krisengremium nochmals einzuberufen, falls eine zusätzliche Indexbranche eintreten sollte oder falls sich die Lage ganz allgemein verschlechtern würde.

Zur Vorbereitung der Wiederaufnahme der Tripartite-Gespräche fand am 25. August ein erstes bilaterales Treffen zwischen der Regierung und den drei national repräsentativen Gewerkschaften statt. Die Arbeitnehmervertreter forderten Blau-Rot-Grün dazu auf, diese Mal konkrete und vor allem verlässliche Zahlen auf den Tisch zu legen. Anschließend müsse den Gewerkschaften genügend Zeit gewährt werden, um das umfassende Zahlenmaterial im Detail zu analysieren.

Die CGFP stellte unmissverständlich klar, dass sie am Indexmechanismus festhalte. Verschiebungen von Indexbranchen dürften nicht zur Regel werden. Angesichts der dramatischen Preisentwicklung seien Entlastungen nicht nur

für Geringverdiener, sondern für weite Bevölkerungsschichten notwendig.

Dieser Weckruf blieb nicht ungehört: Nur eine Woche später wählte Premier Bettel anlässlich eines Pressebriefings nahezu die gleichen Worte. Der Staatsminister stellte „Entlastungen bis tief in die Mittelschicht“ in Aussicht. Bei einem weiteren Bipartite-Treffen am 14. September wurden die jüngsten Berechnungen der Statistikbehörde anhand von drei Szenarien vorgestellt. Für ein Worst-Case-Szenario wurden fünf Indexbranchen binnen zwölf Monaten prophezeit. Für 2022 wurde eine Inflation von 6,8 % befürchtet, 8,5 % für 2023.

Abfällige Bemerkungen über die Staatsbediensteten

Der Beginn der ersten Tripartite-Runde am 18. September verlief eher schleppend. Die Regierung trat mit elf Ministern und zahlreichen Beamten an den Verhandlungstisch. Die CGFP war vertreten durch Nationalpräsident Romain Wolff, Generalsekretär Steve Heiliger und den Ersten Vizepräsidenten Claude Heiser.

Bei ihrem ersten Treffen legten die Sozialpartner und die Dreierkoalition nach einer allgemeinen Bestandsaufnahme ihre jeweiligen Standpunkte dar. Die CGFP wies darauf hin, dass die Teuerung

und die steigenden Kreditzinsen nicht nur den Betrieben, sondern auch den Bürgern zu schaffen machen. Aufgrund der mangelnden Vorhersehbarkeit für die kommenden Monate habe das Vertrauen der Verbraucher stark abgenommen. Dem gelte es mit einer Stärkung der Kaufkraft entgegenzuwirken.

Gleich in ihren ersten Stellungnahmen machte die Arbeitgeberseite keinen Hehl aus ihrer Absicht, den bewährten Indexmechanismus abzuschaffen. Das Patronat erwog, die drei kommenden Indexbranchen in eine gestaffelte Einmalprämie (prime unique) umzuwandeln. Ein solcher Schritt hätte de facto bedeutet, dass in den kommenden Monaten gleich mehrere Indexbranchen ersatzlos gestrichen worden wären. Die Gewerkschaften sprachen von einem Affront und wiesen diese Forderung entschieden zurück. Auch der Vorschlag eine gedeckelte Indexbranche einzuführen, wurde kategorisch von der CGFP abgelehnt.

Noch am selben Tag brachte die Dreierkoalition erstmals eine Deckelung der Energiepreise zur Eindämmung der Inflation ins Spiel. Die Sozialpartner baten um eine Bedenkzeit. Von Regierungsseite wurde die Zeit genutzt, um weitere Berechnungen durchzuführen.

Die zweite Verhandlungsrunde begann mit dem Fehltritt eines hohen Patronatsvertreters. Dieser beschwerte sich darüber, dass die von der Regierung angedachten Lösungsvorschläge dem luxemburgischen Unternehmertum keinerlei Zukunftsperspektiven bieten würden. Der Bildungsminister sollte deshalb die künftigen Arbeitnehmer allesamt in den öffentlichen Dienst orientieren, wo die Mitarbeiter bequem „in ihren gut geheizten Büros“ sitzen würden. Den Gewerkschaften wurde unterdessen vorgeworfen, sie würden mit ihren dogmatischen und ideologischen Ansichten eine unsoziale Haltung einnehmen.

Index im Visier des Patronats

Die Regierung legte anschließend ein umfassendes Maßnahmenpaket auf den Tisch. Eines der Kernelemente war die Energiepreisbremse. Die Steigerung des Gaspreises sollte zunächst auf höchstens 15 % begrenzt und der Strompreis eingefroren werden. Vorgeschlagen wurden zudem u.a. eine Ermäßigung bei den Heizölpreisen und eine generelle Senkung der TVA-Sätze, insofern dies möglich sei (siehe Kasten auf Seite 9).

Auf Gewerkschaftsseite stießen diese Vorschläge auf positive Resonanzen. Die Arbeitgebervertreter schalteten jedoch

auf. Dabei waren es die Gewerkschaften, die zuvor schon mehrere Zugeständnisse gemacht hatten. Sie waren bereit, vorerst auf eine Anpassung der Steuertabelle an die Inflation zu verzichten. Somit sollte der Weg für eine Einigung geebnet werden. Diese große Kompromissbereitschaft konnte jedoch das Patronat nicht besänftigen.

Nach internen Beratungen legte die „Union des Entreprises Luxembourgeoises“ (UEL) einen Wunschzettel mit weiteren Forderungen vor. Zum wiederholten Male wurde darin u.a. eine Indexmodulation gefordert. Ein erster Vorschlag sah vor, dass die Unternehmen nur eine der beiden kommenden Indexbranchen auszahlen würden. Dabei sollte der Bruttobetrag dem Nettobetrag entsprechen, will heißen: Der Staat sollte also auf die entsprechenden Steuereinnahmen verzichten.

Der zweite Vorschlag war genauso dreist. Die UEL erklärte sich zwar bereit, die für Anfang kommenden Jahres erwartete Tranche auszubehalten. Im Gegenzug sollte allerdings die Juli-Tranche, die bereits auf April 2023 verschoben worden war, nochmals auf Oktober 2023 hinausgezögert werden. Beide Vorschläge wurden von der CGFP entschieden abgelehnt.

Überzogene UEL-Forderung

Die Forderungen der Arbeitgeber wurden unterdessen immer unverschämter. Die Verhandlungsdelegation um UEL-Präsident Michel Reckinger sprach sich für die Einführung einer zweitägigen Karenzzeit bei den Krankmeldungen aus. In diesem Punkt blieb die CGFP ebenfalls hartnäckig und erteilte eine klare Absage. Den Tausenden Beschäftigten, die sowohl im Staatsdienst als auch in der Privatwirtschaft inmitten der Pandemie Großartiges geleistet haben, einen Lohnausfall an den beiden ersten Tagen des Krankheitsurlaubs aufzubrummen, wäre ein Schlag ins Gesicht für alle Arbeitnehmer gewesen.

Als die Patronatsvertreter allmählich spürten, dass sie nicht in der Lage waren, ihre Kernforderung – die Abschaffung des Indexmechanismus – durchzusetzen, entstand zunehmend der Eindruck, dass sie alles Erdenkliche tun wollten, um die Tripartite zu torpedieren. Das fragwürdige Verständnis von Solidarität, dass manche UEL-Spitzenvertreter an den Tag legten, wirkte äußerst befremdend.

Zu einem Zeitpunkt, wo die Verhandlungen bereits weit fortgeschritten waren, versuchte die Arbeitgeberseite



Das CGFP-Dreiergespann bei den Tripartite-Verhandlungen: Generalsekretär Steve Heiliger, Nationalpräsident Romain Wolff und Erster Vizepräsident Claude Heiser. (v.l.n.r.) © SIP / Jean-Christophe Verhaegen

das Gesamtpaket wieder aufzuschneiden. Über Nacht wurden die finanziellen Auswirkungen der Patronatsforderungen vom Statec neu berechnet. Premier Bettel stellte klar, dass er ein Tripartite- und kein Bipartite-Abkommen anvisiere.

Auch am dritten Verhandlungstag deutete nichts darauf hin, dass der Dachverband der luxemburgischen Unternehmen von seiner Boykothaltung Abstand nehmen würde. In der Mittagsstunde steckten die Dreiergespräche fest. Auf Wunsch der Arbeitgeberseite wurden die Verhandlungen für sieben Stunden (!) unterbrochen, um die unterbreiteten Vorschläge zu analysieren. Die Tripartite-Beratungen waren an einem Scheidepunkt angekommen.

Als die Gespräche mit reichlich Verspätung wieder aufgenommen wurden, zeigte die UEL nahezu keine Kompromissbereitschaft. Im Fokus stand einzig und allein der Index. Alle anderen wichtigen Themen wurden von den Patronatsvertretern weitestgehend ausgeblendet. An die Solidarität, die die Gewerkschaften beim vorigen Tripartite-Abkommen gegenüber den Unternehmen gezeigt hatten, schien sich die Arbeitgeberseite nicht mehr erinnern zu wollen. Gleiches galt für die vielen staatlichen Hilfen sowie für die Kurzarbeit, die den Betrieben zu recht inmitten der Corona-Krise gewährt worden waren.

Geschlossene Gewerkschaftsfront

Neben der Regierung und den Gewerkschaften wurden auch die Journalisten auf eine regelrechte Geduldprobe gestellt. Die Pressekonferenz zur Bekanntgabe des Verhandlungsergebnisses, die eigentlich zwischen 11:00 und 16:00 Uhr angesetzt worden war, wurde um mehrere Stunden nach hinten verschoben. Am 20. September trat Premier Bettel in Begleitung von drei Ministern (Yuriko Backes, Franz Fayot und Claude Turmes) gemeinsam mit den Sozialpartnern gegen 23:00 Uhr vor die Presse. „Wir haben ein Anti-Inflationspaket geschnürt, das in seiner Form und in seinem Umfang beispiellos ist“, betonte der Staatsminister.

Die Verhandlungen seien keineswegs einfach gewesen, räumte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff vor der Presse ein: „Es handelt sich um ein gutes Grundsatzabkommen im Interesse des Landes und seiner Bürger.“ Die drei großen Gewerkschaften seien während der Verhandlungen stets geschlossen aufgetreten. Erfreut zeigte sich Wolff zudem darüber, dass der gesetzlich festgelegte Indexmechanismus unangetastet bleibe. Die künftigen Tranchen würden allesamt regulär ausgezahlt. Verschiebungen seien demnach ausgeschlossen. Ein weiteres prioritäres Ziel der Tripartite habe darin bestanden, die fortlaufende Inflation zu bremsen.

In der Tat sollen die inflationseindämmenden Tripartite-Beschlüsse (siehe Kasten auf Seite 10) die Teuerung im kommenden Jahr um vier Prozentpunkte auf ein verträgliches Niveau von 2,8 % senken. Den Statec-Berechnungen zufolge wird somit die nächste Indextranche erst Anfang 2023 eintreten. Diese wird integral ohne jegliche Abstriche erfolgen. Zusätzlich dazu wird die Tranche vom vergangenen Juli, die beim vorigen Tripartite-Abkommen durch Kompensierungen verlegt wurde, wie gesetzlich verankert im April 2023 ausgezahlt. Sollte wider Erwarten 2023 dennoch eine weitere Tranche erfolgen, wird eine neue Tripartite-Runde einberufen.

„Von Beginn an hat sich die CGFP entschieden dafür eingesetzt, dass den Bür-

gern angesichts der Teuerung und der steigenden Kreditzinsen auf eine unbürokratische und schnelle Art und Weise geholfen wird, um somit dem wachsenden Kaufkraftverlust entgegenzuwirken“, hieß es in einer am 20. September veröffentlichten CGFP-Pressemitteilung. Das Bündel von Maßnahmen stärkt nicht nur die Kaufkraft der Bürger. Es trägt auch zur Absicherung der Arbeitsplätze bei. Selbst der UEL-Vorsitzende, der sich beim Pressebriefing in Zurückhaltung übte, gab zähneknirschend zu: „Das Abkommen ist für die Haushalte ein Schritt nach vorne (...) Während die Haushalte unterstützt werden, freuen sich die Unternehmen über deren größere Kaufkraft.“

Grünes Licht vom CGFP-Nationalvorstand

Das Unternehmertum hat keinen Grund zum Lamentieren. Die Deckelung der Energiepreise kommt letztendlich auch den Betrieben zugute. Zudem werden den klein- und mittelständigen Unternehmen Energiehilfen in Aussicht gestellt. Des Weiteren sollen ihnen Steuervergünstigungen bei Investitionen gewährt werden, die den digitalen und ökologischen Wandel vorantreiben.

Die Tripartite-Beschlüsse werden mit 1,1 Milliarden Euro zu Buche schlagen. Die Auswirkungen auf die Staatsverschuldung bleiben überschaubar. Diese wird auch künftig unterhalb der berücksichtigten 30 %-Schwelle des Bruttoinlandsproduktes liegen. Luxemburgs Triple-A Rating, das insbesondere dem Premierminister und seiner Finanzministerin so sehr am Herzen liegt, ist damit nicht gefährdet.

In seiner Sitzung vom 27. September gab der CGFP-Nationalvorstand dem Tripartite-Grundsatzabkommen einstimmig seine Zustimmung. Die CGFP-Exekutive erntete dabei viel Lob für ihr Stehvermögen und Verhandlungsgeschick. Die erzielte Einigung sei sehr zufriedenstellend, da neben den Unternehmen auch die Privathaushalte in den kommenden 15 Monaten spürbar entlastet würden, hieß es weiter. Keine Maßnahmen zu ergreifen, sei keine Option gewesen. Eine solche Haltung hätte zu einer Verschärfung der ohnehin schon bedrohlichen Situation geführt. Die seit Monaten anhaltenden Preissteigerungen hätten schnelle und wirksame Lösungen erfordert. Andernfalls wären viele Haushalte zunehmend in finanzielle Bedrängnis geraten, schlussfolgerte das CGFP-Gremium.

Mit Genugtuung stellte das „Comité fédéral“ fest, dass bei den Dreiergesprächen mit der Regierung und dem Patronat nahezu allen CGFP-Kernforderungen Rechnung getragen worden sei. Zwei Hauptziele, die der CGFP stets ein wichtiges Anliegen waren, seien be-



rücksichtigt worden: Die Absicherung der Kaufkraft der Privathaushalte durch die Energiepreisbremse und der Erhalt des Indexmechanismus. Somit werde verhindert, dass immer mehr Menschen in die Armutsfalle gleiten.

Unberechtigte Kritik

Auch wenn das Verhandlungsergebnis aus Sicht der Arbeitnehmer sehr zufriedenstellend ist, haben mehrere politische Parteien sowie einige Umwelt- und Wohltätigkeitsorganisationen Kritik geübt. Die ausgehandelten Maßnahmen seien nicht selektiv genug, da alle Bürger, unabhängig von ihrem Einkommen, in den Genuss der gedeckelten Energiepreise kämen. Bemängelt wurde zudem, die generelle Energiepreisbremse entspreche dem Gießkannenprinzip. Außerdem wurde behauptet, dass all diese Maßnahmen keinen Anreiz zum Energiesparen schaffen würden. Mit der Einwirkung auf die horrenden Gas-, Strom- und Heizölpreise werde die Energieverschwendung bezuschusst.

Diese eigenartige Darstellung ist realitätsfremd. Die Energiepreisbremse ändert nichts an der Tatsache, dass viele Bürger bereits jetzt unter den hohen Kosten ächzen. Folglich werden diese Haushalte, wenn die schwindelerregenden Vorauszahlungen zu begleichen sind, in den kommenden Monaten sehr behutsam auf ihren Energieverbrauch achten.

Auch die Behauptung, die Tripartite-Einigung sei unsozial, greift zu kurz. Den Kritikern sei in Erinnerung gerufen, dass das Abkommen neben den gedeckelten Energiepreisen auch zahlreiche soziale Maßnahmen enthält. In diesem Zusammenhang sei u.a. die Deckelung der Preise bei Alters- und Pflegeheimen erwähnt. Eine weitere soziale Hilfsmaßnahme ist die Energieprämie für Haushalte mit niedrigem Einkommen, die um ein weiteres Jahr bis Ende 2023 verlängert wird.

Haushalten, die die Teuerungszulage erhalten, steht eine einmalige Prämie zu. Viele Bürger sind sich jedoch nicht darüber im Klaren, dass sie diese Leistungen beanspruchen können. Die politisch Verantwortlichen müssen diesbezüglich verstärkt Aufklärungsarbeit leisten, damit die finanzielle Unterstützung auch bei den Betroffenen ankommt.

Merkwürdigerweise verraten die Befürworter der sozialen Selektivität in der Regel nie, wo sie konkret den Hebel ansetzen würden. Der Begriff „Mittelschicht“ wird sehr häufig unterschiedlich interpretiert. Wie sollten z.B. die Energiepreise sozial gestaffelt werden? Antworten auf diese und andere Fragen blieben aus. Unbestreitbar ist die Tatsache, dass viele Haushalte ohne eine rasche finanzielle Hilfe die jüngsten Preissteigerungen nicht schultern könnten. Ja, von der Deckelung, die zur Abschwächung der Inflation dient, profitiert im Endeffekt jeder. Diese Maßnahme bildet eine maßgebliche Stütze für die gesamte Gesellschaft.

CGFP fordert Anpassung der Steuertabelle

Die soziale Selektivität lasse sich nicht über vereinzelt Hilfsmaßnahmen, sondern über eine gerechte Steuerpolitik bewerkstelligen, betonte der CGFP-Nationalvorstand in seiner Sitzung vom 27. September. Eine sozial gestaffelte Steuerreform auszuarbeiten, beanspruche weitaus mehr Zeit und sei deshalb für die Tripartite ungeeignet gewesen. Die Anpassung der Steuertabelle an die Inflation sei eine langjährige CGFP-Forderung. Der Nationalvorstand rief die Regierung dazu auf, sich diesem Anliegen dringend anzunehmen, zumal die geplante Steuerreform Bestandteil des aktuellen Koalitionsprogramms ist.

Die letzte Angleichung der Steuertabelle liegt bereits Jahre zurück. Seitdem

Fortsetzung siehe Seite 10





Fortsetzung von Seite 9

ist die Steuerlast der Privathaushalte permanent gestiegen. Angesichts der Tatsache, dass in all diesen Jahren keine Anpassung vorgenommen wurde, bleibt den Gering- und Mittelverdienern inzwischen lediglich die Hälfte der Indextranche übrig. Den Rest streicht der Staat in Form von Steuern wieder ein. Für die CGFP ist diese ungerechte Entwicklung nicht mehr länger hinnehmbar.

Selbstverständlich schafft das auf der Tripartite beschlossene Maßnahmenpaket nicht alle Probleme aus der Welt. Sorgen bereiten u.a. die Zinsen auf Bankkredite, die erheblich gestiegen sind. Diese Erhöhung stellt für die Haushalte eine zusätzliche finanzielle Belastung dar, die nicht ausschließlich mit dem Index wettgemacht werden kann. Sollte diese besorgniserregende Entwicklung weiter anhalten, werden auch Haushalte aus der Mittelschicht bei der Rückzahlung ihrer Kredite zunehmend in Schwierigkeiten geraten.

An die Banken geht deshalb der Aufruf, nachgiebig zu sein, wenn Härtefälle

auftreten. In Bezug auf die steigenden Kredite ließ der Präsident der Bankenvereinigung ABBL auf der Tripartite damals keine Hilfsbereitschaft erkennen. Den Geldinstituten, die 2008/2009 im Strudel der Finanzkrise mit milliardenschweren Steuergeldern vor dem Konkurs gerettet wurden, würde es jedoch gut zu Gesicht stehen, die ihnen damals entgegengebrachte Solidarität jetzt zu erwidern.

Die CGFP begrüßt es, dass der Sozialdialog gerade in diesen schwierigen Zeiten nicht zum Erliegen gekommen ist, auch wenn die Gespräche phasenweise alles andere als einfach waren. Einmal mehr erfüllte die Tripartite ihre Rolle als Anti-Kriseninstrument. Angesichts der Herausforderungen, die es zu meistern gilt, wäre ein Scheitern der Dreiergespräche unverantwortlich und den Menschen schwer zu vermitteln gewesen. Erfreulich ist auch, dass die einheitliche Gewerkschaftsfront den Angriffen auf den Indexmechanismus und auf andere soziale Errungenschaften bis zum Schluss standgehalten hat.

Max Lemmer

Die Tripartite-Beschlüsse im Überblick

Der Kostenpunkt des umfangreichen Maßnahmenpakets beträgt 1,1 Milliarden Euro. Die Beschlüsse werden über den Staatshaushalt finanziert:

- Seit dem 1. Oktober wird die Gaspreiserhöhung auf 15 % begrenzt. Die Maßnahme gilt für Kunden, die über einen Gaszähler mit einem Durchfluss von weniger als 65 Kubikmeter Gas pro Stunde verfügen;
- Für Haushalte mit einem Verbrauch von weniger als 25.000 Kilowattstunden im Jahr werden die Strompreise ab dem 1. Januar 2023 eingefroren. Die Energiepreislöscher, die bis Ende 2023 in Kraft bleibt, soll die Inflation laut Statec-Berechnungen um 4 Prozentpunkte auf 2,8 % eindämmen;
- Beim Heizöl gilt ab dem 1. November eine Ermäßigung von 15 Cent pro Liter. Der Zuschuss wird bis Ende kommenden Jahres um weitere zwölf Monate verlängert. Haushalte, die mit Holzpellets heizen, werden ebenfalls entlastet;
- Zum 1. Januar wird die Mehrwertsteuer generell um einen Prozentpunkt gesenkt. Die wenigen Bereiche, in denen diese Herabsetzung nicht mit dem EU-Recht vereinbar ist, sind davon ausgeschlossen;
- Der Indexmechanismus bleibt unangetastet. Voraussichtlich im Februar 2023 wird eine erste Indextranche regulär ausgezahlt. Die Juli-Tranche, die im vorigen Tripartite-Abkommen verschoben wurde, wird wie geplant im April 2023 ausgezahlt.

Sollte nächstes Jahr wider Erwarten eine weitere Tranche eintreten, wird erneut eine Tripartite einberufen;

- Die Preise bei den Alters- und Pflegeheimen werden bis Ende 2023 gedeckelt;
- Die Energieprämie für Haushalte mit niedrigem Einkommen wird um weitere zwölf Monate bis Ende nächsten Jahres verlängert. Haushalte, die Anspruch auf die Teuerungszulage haben, steht eine Prämie von 200 bis 400 Euro zu. Diese „prime unique“ kann auch von Haushalten beantragt werden, die keine „allocation de vie chère“ beziehen. Die Voraussetzung dafür ist, dass ihr Einkommen 25 % über dem Schwellenwert der Teuerungszulage liegt;
- Den klein- und mittelständischen Betrieben werden Energiehilfen in Höhe von 150 Millionen Euro in Aussicht gestellt, die maximal 400.000 Euro pro Betrieb ausmachen;
- Jenen Unternehmen, die den digitalen und ökologischen Wandel vorantreiben, stehen Steuervergünstigungen zu.

ml



Staatsbudget 2023

CGFP fordert mehr steuerpolitische Akzente

Die Tripartite-Beschlüsse zur Inflationsbekämpfung und zur Stärkung der Kaufkraft spiegeln sich deutlich im Haushaltsentwurf 2023 wider, der am vergangenen 12. Oktober im Parlament vorgestellt wurde. Die CGFP hätte es jedoch begrüßt, wenn darüber hinaus zusätzliche Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Privathaushalte angekündigt worden wären. Ein Jahr vor den Parlamentswahlen belässt es die Dreierkoalition bei einigen punktuellen Steuererleichterungen. Wer auf wegweisende und zukunftsorientierte Akzente gehofft hatte, wurde enttäuscht.

Mit Bedauern stellt die CGFP fest, dass die Regierung erwartungsgemäß zurzeit nicht dazu bereit ist, die längst überfällige Anpassung der Steuertabelle an die Inflation vorzunehmen. Auch wenn die CGFP zum Teil Verständnis dafür haben kann, dass eine große Steuerreform zu diesem Zeitpunkt nicht machbar ist, wäre zumindest eine partielle Angleichung der Steuertabelle mehr als nur angebracht gewesen. Dies umso mehr, als der Zentralstaat Ende August einen Überschuss von 1,5 Milliarden Euro aufwies.

Die letzte Anpassung der Steuertabelle an die Inflation erfolgte im Jahr 2017. Obwohl die Bürger infolge der Nicht-Anpassung erheblich an Kaufkraftverlust eingebüßt haben, weigert sich die Regierung, der kalten Progression entgegenzusteuern. Bei der jüngsten



© Chambre des Députés

Tripartite setzte sich die CGFP mit aller Entschlossenheit dafür ein, dass der Indexmechanismus nicht angetastet wird. In Zeiten einer galoppierenden Inflation reicht der Erhalt dieser altbewährten sozialen Errungenschaft jedoch bei Weitem nicht mehr aus, um den Bürgern – bis weit in die Mittelschicht hinein – zu helfen, die drastischen Preisanstiege zu verkraften.

Mit Genugtuung stellt die CGFP fest, dass die Regierung jetzt – nach jahrelangem Zögern – den Alleinerziehenden

entgegenkommt. So wird der Steuerkredit für die Betroffenen künftig bei rund 2.500 Euro für ein Jahreseinkommen von bis zu 60.000 Euro liegen. Somit wird die langjährige CGFP-Forderung nach einer Reform der Steuerklasse 1a zumindest ansatzweise erfüllt. Die von der Regierung beschlossene Maßnahme stellt zwar einen ersten Schritt in die richtige Richtung dar. Sollte jedoch der Handlungsspielraum nicht im vollen Umfang genutzt werden, wäre diese Maßnahme lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein.

Zufrieden zeigt sich die CGFP darüber, dass Blau-Rot-Grün fest dazu entschlossen ist, auch in Zukunft einen leistungsstarken öffentlichen Dienst zu gewährleisten. Die hervorragende und engagierte Arbeit, die in Krisenzeiten und darüber hinaus im Staatsdienst geleistet wurde, hat eindrucksvoll gezeigt, dass ein gut funktionierender Staat bei der Krisenüberwindung unentbehrlich ist. Dies hat wohl auch die Regierung dazu bewogen, die laufenden Kosten der öffentlichen Hand nicht einzuschränken.

Ankündigung mit Vorsicht zu genießen

Allein im kommenden Jahr sollen insgesamt 1.400 neue Stellen geschaffen werden. Diese Ankündigung seitens der Regierung ist jedoch mit Vorsicht zu genießen. Erfahrungsgemäß wurde in den vergangenen Jahren häufig nur ein Teil der ausgeschriebenen Stellen besetzt.

Damit sich diese Situation nicht wiederholt, müssen die politischen Entscheidungsträger zusätzliche Anstrengungen unternehmen. So muss sichergestellt werden, dass die Verwaltungen bei der personellen Aufstockung die Mitarbeiter finden, die dem gewünschten Profil entsprechen. In diesem Sinne ist es mehr als nur wichtig, Sorge dafür zu tragen, dass der öffentliche Dienst auch in den kommenden Jahren weiterhin für kompetente Arbeitnehmer attraktiv bleibt.

ml

CGFP setzt einheitliche Homeoffice-Regelung im Staatsdienst durch

Die CGFP und die Regierung haben sich auf die künftige Regelung des Homeoffice im öffentlichen Dienst geeinigt. Die Eckpfeiler dieses Regelwerks wurden am 17. Oktober im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz vorgestellt.

„Das Homeoffice ist aus dem Berufsalltag nicht mehr wegzudenken“, unterstrich CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff vor den Journalisten. Die Staatsbediensteten würden seit Längerem auf eine verlässliche und einheitliche Homeoffice-Regelung im gesamten Staatsdienst warten. Die Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten, trage zur Attraktivität eines modernen Staatsdienstes bei. Die getroffene Vereinbarung sei „ein Schritt in die richtige Richtung“, so Wolff. Die Vorgaben der entsprechenden EU-Richtlinie würden hinreichend berücksichtigt.

Vor beinahe 20 Jahren wurde die Telearbeit erstmals im öffentlichen Dienst eingeführt. Die neue Arbeitsweise wurde damals durch den Artikel 19bis des öffentlich-rechtlichen Statuts geregelt. Dieser Passus besagte, dass die Bestimmungen zur Ausübung der Telearbeit vom Verwaltungschef festgelegt werden. 2012 wurde eine großherzogliche Verordnung auf den Instanzenweg gebracht. Ein im Jahr 2019 gestartetes Pilotprojekt verlief sehr zaghaft. Lediglich 160 Staatsbedienstete nahmen damals daran teil.

Erst der Pandemieausbruch beschleunigte die Verbreitung des Homeoffice erheblich. Das geltende großherzogliche Reglement, das sich als zu restriktiv erwies, wurde am 18. März 2020 außer Kraft gesetzt. Dieser Beschluss ermöglichte es Tausenden Staatsbediensteten ohne bürokratischen Aufwand von einem Tag auf den anderen von der Präsenz- auf die Telearbeit umzusteigen.

Im jüngsten Gehälterabkommen vom März 2021 hatten sich die CGFP und die Regierung u.a. darauf geeinigt, eine neue Homeoffice-Regelung für die Post-Corona-Zeit auszuarbeiten. Nach Ab-



schluss monatelanger Verhandlungen begrüßte Beamtenminister Marc Hansen vor der Presse die konstruktiven Gespräche, die sein Ministerium diesbezüglich mit den CGFP-Vertretern geführt habe. CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff betonte, das frisch ausgehandelte Regelwerk werde den Ministerien, Staatsverwaltungen und öffentlichen Einrichtungen die Handhabung des Homeoffice wesentlich vereinfachen.

CGFP erringt Nachbesserungen

Nachdem die Regierung einen Vorentwurf zur Neuregelung des Homeoffice vorgelegt hatte, wurde dieser auf Drängen der CGFP in mehreren zentralen Fragen nachgebessert. Ihr Hauptanliegen war es, eine einheitliche Handhabung im Staatsdienst zu gewährleisten. So konnte die CGFP u.a. durchsetzen, dass die Telearbeit freiwillig bleibt. Niemand kann dazu gezwungen werden, von zu Hause aus zu arbeiten.

Vielmehr wird die Telearbeit im gegenseitigen Einvernehmen zwischen dem Verwaltungschef und dem betreffenden Mitarbeiter umgesetzt. Verweigert ein Verwaltungschef eine schriftliche Anfrage zur Telearbeit, muss dieser seine Ablehnung begründen. Der betreffende Staatsbedienstete kann zudem die Entscheidung anfechten.

Mit der Verankerung des Rechts auf Abschalten (*droit à la déconnexion*) wurde eine weitere CGFP-Kernforderung

erfüllt. Die in der Pandemie gesammelten Erfahrungen haben gezeigt, dass im Homeoffice die Grenzen zwischen Beruf und Privatleben häufig verschwimmen. Die CGFP legte deshalb viel Wert darauf, die ständige Erreichbarkeit außerhalb der regulären Arbeitszeit einen Riegel vorzuschieben.

Neben dem Recht auf Nichterreichbarkeit sind auch der Datenschutz, die Geheimhaltungspflicht, der Gesundheitsschutz und Schulungen zur Telearbeit weitere Elemente, die mit der großherzoglichen Verordnung abgedeckt werden.

Zudem hat die CGFP nach zähem Ringen durchgesetzt, dass die Telearbeit nicht zwingend vom Hauptwohnsitz aus verrichtet werden muss. In einer separaten Konvention wird festgelegt, von welchem Ort aus der betreffende Telearbeiter seinen Beruf ausübt. Diese pragmatische und flexible Lösung kommt den zahlreichen Patchwork-Familien entgegen.

Zudem muss jede Verwaltung bei der Einführung der Telearbeit schriftlich definieren, welche Posten sich dafür eignen. Dies erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den jeweiligen Personalvertretungen. In Bereichen ohne Personalvertretung übernimmt der oder die Gleichstellungsbeauftragte diese Aufgabe. Das entsprechende Dokument, in dem die Homeoffice-tauglichen Posten aufgelistet werden, muss innerhalb von sechs Monaten vorliegen

und somit für alle Mitarbeiter zugänglich sein.

Ein Kernprinzip der Neuregelung ist die Gleichbehandlung von Telearbeitenden und Bediensteten, die an ihrem Dienstort präsent sind. Dieses Prinzip betrifft nicht nur die Vergütung und den Zugang zur beruflichen Weiterbildung, sondern auch die Arbeitszeit. Die CGFP bestand darauf, dass Bediensteten, die mehr als acht Stunden pro Tag Telearbeit verrichten, diese Mehrleistung angerechnet wird.

Eine feste Anzahl von Homeoffice-Tagen pro Woche ist künftig nicht vorgesehen. Wichtig aus CGFP-Sicht ist es, die Regelung flexibel zu gestalten. Somit wird es möglich sein, bis zu 4,8 Tage pro Woche von zu Hause aus zu arbeiten. Neu ist zudem, dass angehenden Beamten, die ein Praktikum absolvieren, künftig gestattet wird, ihren Beruf im Homeoffice auszuüben. Sie bekommen somit das gleiche Recht, das jetzt schon ausgebildeten Staatsangestellten zusteht.

CGFP setzt sich für Pendler ein

Die CGFP hat zudem Sorge dafür getragen, dass die im Staatsdienst tätigen Grenzgänger bei der Ausübung der Telearbeit im Vergleich zu ihren in Luxemburg ansässigen Arbeitskollegen keine Nachteile erfahren. Die steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Aspekte sind jedoch Bestandteil von bilateralen Verhandlungen zwischen der luxemburgischen Regierung und den jeweiligen Nachbarstaaten. Diesbezüglich hatte die CGFP erst kürzlich eine Unterredung mit Finanzministerin Yuriko Backes.

Die neue Homeoffice-Regelung wird beinahe die Hälfte der Staatsbediensteten betreffen. Laut Minister Hansen verfügen derzeit schon rund 15.000 Mitarbeiter über einen VPN-Zugang zum staatlichen Datennetzwerk. Der Minister des öffentlichen Dienstes wird die großherzogliche Verordnung im November dem Ministerrat vorlegen. Marc Hansen drückte ausdrücklich den Wunsch nach einer raschen Umsetzung der Beschlüsse aus.

ml

CGFP-Unterredungen mit der CSV und der LSAP

Auf Anfrage der jeweiligen Parteien tauschte sich die CGFP in zwei voneinander unabhängigen Sitzungen am 3. und 4. Oktober mit der CSV und der LSAP über aktuelle Themen aus.

Die CSV wollte von der Staatsbeamtengewerkschaft u.a. in Erfahrung bringen, wie sie das jüngste Tripartite-Abkommen bewerte. Die CGFP-Exekutive zeigte sich erfreut, dass die besorgniserregende Inflation mit einem voluminösen Maßnah-

menpaket bekämpft werde. Abzuwarten bleibe, ob die zur Eindämmung der Teuerungsrate beschlossenen Bremsmechanismen die erhoffte Wirkung erzeugen. Sollte sich herausstellen, dass die Prognosen der nationalen Statistikbehörde zu optimistisch gewesen seien, komme für die CGFP eine Verschiebung der nächsten Indexbranche nicht infrage, hieß es. Dabei wurde auf die Abmachungen der Dreiergespräche verwiesen.

Den Schwerpunkt des Meinungsaustausches mit der LSAP bildete die Steuerpolitik. Die Einführung zusätzlicher Stufen in der Steuertabelle dränge sich zunehmend auf, um den sogenannten Mittelstandsbuckel zu verringern, betonte die CGFP. An der Anpassung der Steuertabelle an die Inflation führe kein Weg vorbei. Zudem müsse die Angleichung der Steuertabelle von weiteren tiefgreifen-

den strukturellen Maßnahmen begleitet werden. Die Regierungsparteien wurden dazu aufgefordert, bereits vor den Parlamentswahlen konkrete Steuermaßnahmen in die Wege zu leiten. Spätestens nach der Rede zur Lage der Nation und dem Haushaltsentwurf 2023 steht jedoch fest, dass Blau-Rot-Grün es vorerst bei halbherzigen Maßnahmen im Steuerbereich belässt.

ml





Luxemburgs boomendes Wachstum

Die Politik hat unsere demografische Expansion jahrzehntelang verschlafen

Untenstehend versuchen wir in einem Schaubild die außergewöhnliche demographische Entwicklung unseres Landes zusammenzufassen, eine Expansion, die unser starkes Wirtschaftswachstum begleitet, von ihm getragen ist und es beschleunigt.

Hier geht es sowohl um die Zahlen der Einwohner und Grenzgänger als auch um jene ihrer Arbeitsplätze. An dieser Stelle analysieren wir die Entwicklung der vergangenen 60 Jahre.

- In diesem Zeitraum hat sich die Gesamtzahl der hiesigen **Einwohner** mehr als verdoppelt, von 314.000 auf 645.000, ein Plus von 331.000 Personen (+105 %).
- Addiert man die **Grenzgänger** zu den **Einwohnern**, steigen wir von 317.000 auf 840.000 Personen, mit einem Zuwachs von 165 % oder +523.000 Menschen. Die in Luxemburg sozialversicherten Familienangehörigen der Pendler sind dabei noch nicht einmal einbezogen. Rechnet man diese hinzu, zählt das Großherzogtum demnächst bald eine Million Mitbürger.
- Die Gesamtzahl der **Beschäftigten** im Land hat sich im Vergleichszeitraum fast verdreifacht. Sie ist um +271 % angewachsen (+358.000 Jobs), von 132.000 auf 490.000. Letztere Zahl stellt den Wert von 2021 dar. Seitdem wurde die 505.000-Marke bereits überschritten.
- Die Zahl der Menschen mit **Luxemburger Staatsangehörigkeit** (340.000 Personen) hat sich um 25 % erhöht. Diese vorwiegend durch Einbürgerungen bedingte Steigerung hat sich vor allem in den letzten 20 Jahren bemerkbar gemacht. Die Zahl der ansässigen Ausländer (= 305.000 Nicht-Luxemburger) hat sich unterdessen mehr als „versiebenfacht“.

- Die Zahl der **Grenzgänger** hat sich „versiebzugfacht“. 2021 gab es deren 215.000. Im vergangenen Juni wurde die Marke von 222.500 Pendlern bereits überschritten.

Von all diesen Zahlen kann einem schwindelig werden. Diese rasante Entwicklung ist stets schneller eingetreten, als es amtlich vorhergesagt wurde. Und obschon diese Erkenntnis wahrlich nicht neu ist und inzwischen jeder gewarnt sein müsste, werden die staatlichen Planer immer wieder von der Realität eingeholt, sehr oft, weil der politische Horizont nicht über den nächsten Wahltermin hinausreicht.

Wir wollen nicht wiederholen, wo es überall zwickt und klemmt und wie man reagieren könnte oder sollte. Vieles ist nicht leicht in den Griff zu bekommen, etwa wenn es um Sprachen oder Integration geht. In anderen Bereichen aber sind wir einfach nur unbelehrbar, weil wir uns weigern, vernünftige Prognosen aufzustellen.

Hier wollen wir uns vielmehr zwei wesentlichen Fragen widmen, denen man nicht ausweichen darf.

1° Ergibt dies alles in unbegrenzter Form einen Sinn? Brauchen wir so viel Wachstum?

2° Wenn man nun bremsen oder umsteuern wollte, könnte das funktionieren?

Ist ein maximales Wachstum notwendig?

Erstens - Als Gewerkschafter wissen wir, dass der soziale Fortschritt ganz eindeutig vom wirtschaftlichen Wachstum abhängt. Das ist eine wesentliche Prämisse, die in dieser Debatte unbedingt zu beachten ist. Ein ideologischer Wachstumsverzicht wirkt sich sehr schnell als Sozialbremse aus, weil in einem verschärften Verteilungskampf die

Mächtigen die Decke an sich zu ziehen vermögen.

Die wohlmeinenden intellektuellen Überlegungen zu mehr Mäßigung kommen allzu oft von Theoretikern, die keinen Blick für Armut und Not haben. Die klugen Hinweise darauf, das Vorhandene müsse halt bloß besser verteilt werden, sind in der Regel nur Beschwichtigungen und von keinen konkreten Vorschlägen begleitet. Die Wachstumsdebatte müsste jedoch gerade hier ansetzen.

Nehmen Sie etwa die Debatte zum Thema Unternehmens- und Personenbesteuerung. Herrschende Machtverhältnisse und internationale Marktmechanismen machen das Umschichten schwer: Da ist es vielleicht doch leichter, den zu verteilenden Kuchen weiter anwachsen zu lassen.

Das überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum der letzten Jahrzehnte hat Luxemburg das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner, das höchste Lohnniveau und solides Privatvermögen bis in die Mittelschichten hinein beschert. Stagnierende oder schrumpfende Einkommen sind nicht populär, und zu welchen politischen Verwerfungen sie schnell führen können, zeigen uns viele andere Länder. Also bitte Vorsicht, wenn es um gut gemeintes Bremsen geht! Überzeugen Sie zuerst die Raffgierigen, die nicht genug Dividenden erhalten können!

Zweitens - In Luxemburg wird ständig versucht, uns den Eindruck zu vermitteln, dass ein sehr hohes reales Wachstum des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft eine absolute Voraussetzung sei, um unser derzeitiges Sozialsystem vor dem Kollabieren zu bewahren. Dabei wird so argumentiert, als handele es sich um eine wissenschaftlich bewiesene Tatsache. Aber ist dem wirklich so?

Ohne eine ständig steigende Zahl an Sozialversicherten (also ohne zusätzliche Arbeitskräfte), so wird behauptet, wären die Renten bereits in wenigen Jahren wegen der ständig steigenden Lebenserwartung der Menschen (und daher einer längeren Rentendauer) nicht mehr zu finanzieren. Selbstverständlich stimmt es schon, dass die gesunde Finanzlage unserer Sozialversicherungen zu einem Großteil auf der Dynamik des Arbeitsmarktes beruht.

Aber was uns von turboliberalen Lobbyisten und einigen Patronatsvertretern hier an Argumentation um die Ohren gehauen wird, ist mehr als starker Tobak. Hier geht es um die ominöse Rentenmauer, deren reale Existenz und bedrohliche Nähe zum Mainstream-Denken geworden ist, weil einer es dem anderen ungeprüft nachplappert.

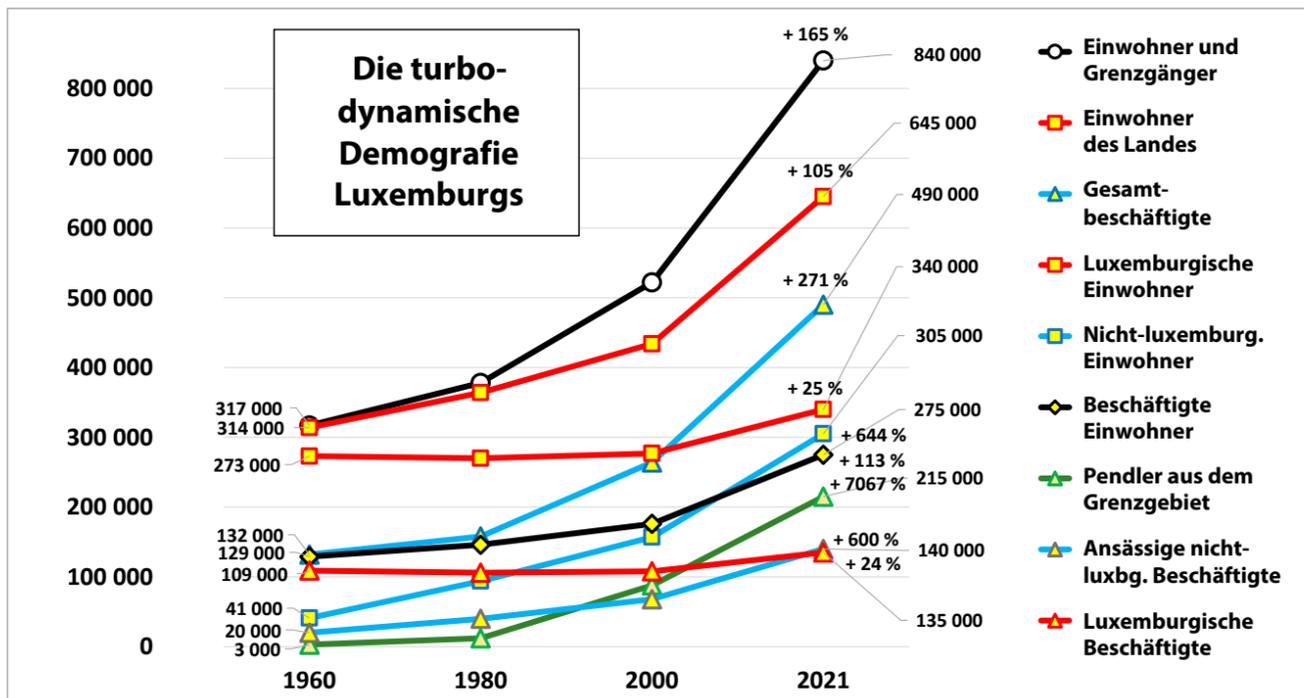
Gegen diese angebliche Rentenmauer knallen wir in dem Moment, wo die Reserven des öffentlichen Pensionsfonds für die Privatwirtschaft („fonds de compensation“) aufgebraucht sind, sodass die steigenden Auszahlungen nicht mehr durch sinkende Beiträge gedeckt werden können. Nur sinken diese Reserven keineswegs, sondern sie steigen schnell an.

2012 hieß es, wir würden der Rentenmauer im Jahre 2031 begegnen. 2015 wurde behauptet, dass dieses Szenario erst im Jahre 2053 eintreten würde. Bei dieser superklugen Rechnerei kommt es vor allem darauf an, welchen Zinssatz man hier voraussetzt. Das Ganze ist eine automatische Fortschreibung von demografischen und anderen Werten (welche Sterbetabelle? Wie viel Einwanderer? Welche Rendite bei den Kapitalanlagen? etc.). Deren verrückteste Hypothese ist die total absurde Annahme, in den nächsten fünfzig Jahren werde sich gesetzgeberisch absolut nichts verändern.

In Deutschland, Belgien und Frankreich gibt es gar keine Rentenrücklage oder allenfalls eine, die sich nur über einige Monate erstreckt. Hier werden die derzeitigen Renten in einem Umlageverfahren aus den laufenden Beiträgen finanziert, und notfalls wird sich auch kurzfristig verschuldet. Wir führen in Luxemburg eine Debatte, die es sonst nirgendwo gibt, weil wir uns auch hier in einer absolut einmaligen Lage befinden.

Laut Gesetz müssen die Rücklagen eininhalbmal den Betrag der jährlichen Auszahlungen an Renten ausmachen. Ende 2021 stellten sie aber mehr als das Fünffache dar, und in den letzten zwei Jahren legten die Reserven um 50 % (!!!) zu. Diese belaufen sich auf 27 Milliarden Euro und machen inzwischen das Anderthalbfache der gesamten Luxemburger Bruttostaatsschuld aus.

Wir sagen keineswegs, hier könnte nie ein Problem entstehen, aber heute ist diese Debatte in erster Linie ein Ablen-



kungsmanöver antisozialer Sparapostel, welche den einfachen Leuten den Gürtel enger schnallen wollen. Heute besteht kein Handlungsbedarf. Falls erforderlich, könnte man ja in zehn, 15 oder 20 Jahren das eine oder andere Rentenajustement ausfallen lassen oder diese Anpassung auf Sozialfälle beschränken, zu einem Zeitpunkt, wo das Lebensniveau 25 % oder 50 % höher sein wird als heute.

In einer sinnvollen Wachstumsdebatte aber kann diese pseudowissenschaftliche Propaganda nicht als Argument akzeptiert werden.

Dies ist die eine Seite der Debatte über ein gebremstes Wachstum mit folgendem Fazit: Erstens sind Panikmache und ideologische Einseitigkeiten unangebracht, zweitens ist es auf Dauer sozial kaum denkbar, ohne ein ordentliches Wachstum zurechtzukommen, doch ergibt sich drittens daraus keineswegs, dass wir ein Maximalwachstum brauchen. Zumal die kommenden Jahre wahrscheinlich mehr von Personalmangel als von Arbeitslosigkeit geprägt sein werden.

Wir sollten einsehen, dass der Verkehrsstau und die Wohnpreisinflation keineswegs direkte und zwangsläufige Folgen des Wachstums sind, sondern vielmehr nur dem politischen Unvermögen geschuldet sind, unsere Infrastrukturen rechtzeitig und ausreichend der durchaus vorhersehbaren Entwicklung anzupassen. Das Wachstum ist vor allem ein geduldiger, stummer Sündenbock für politisches Fehlverhalten.

Die konstant superschnelle Expansion wird immer wieder als eine plötzliche und unvorhersehbare Überraschung dargestellt, was intellektuell unehrlich ist. Seit Jahrzehnten weiß jeder Laie, dass hierzulande Bauvorhaben nicht fünf, sondern zehn Jahre dauern, und daher ist es gänzlich unvernünftig, dass dem nicht Rechnung getragen wird.

Darüber hinaus müssen wir jedoch nicht unbedingt wirtschaftspolitisch ständig und unüberlegt mit zwei Füßen auf das Gaspedal treten, etwa bezüglich der Ansiedlung von konventionellen, personalintensiven und umweltbelastenden Betrieben, mit wenig Mehrwert und ohne besondere strategische Perspektiven.

Bei maximaler Ausreizung des Brüsseler „Code des Aides“ werden laufend Investitionen finanziell und steuerlich gefördert, die ökonomisch keinen rechten Sinn ergeben. Das gilt etwa für Investitionen, wo 98 % bis 100 % der Arbeitsplätze an Ausländer und über 95 % an Grenzgänger gehen, von denen die Mehrzahl nicht viel mehr als den Mindestlohn verdienen und daher kaum Steuern zahlen. Und dies sind jetzt keine Fantasiezahlen, sondern das lässt sich eindeutig belegen.

Hier erzeugt das staatliche Vorgehen lediglich enorme Personentransporte ohne wirtschaftlichen und sozialen Nutzen.

Wo und wie könnten wir denn entschleunigen?

Damit kommen wir zum zweiten Teil der Debatte, jenem über die erwünschte Art von wirtschaftlicher Entschleunigung und deren Machbarkeit. Welche Tätigkeiten wären abzubremsen, und vor allem, wie ließe sich eine solche politische Absicht praktisch umsetzen.

Eines ist klar: Wer das Bevölkerungswachstum eindämmen will, muss den Zuwachs an Arbeitsplätzen abbremsen. Wenn das Land aber international wettbewerbsfähig bleiben und sein Bruttoinlandsprodukt erhalten und verbessern will, ohne ständig neue Jobs zu schaffen, muss einerseits auf Sektoren setzen, die nicht arbeitsintensiv sind, sondern eine

hohe Mehrwertschöpfung pro Mitarbeiter aufweisen, und es muss verstärkt in Automatisierung und Robotisierung investiert werden.

Diesbezügliche Entscheidungen werden jedoch nicht in Luxemburg getroffen. Die Wachstumsskeptiker machen es sich viel zu leicht, wenn sie einfach ein moderates, softes, intelligentes, sauberes und nachhaltiges Wachstum einfordern, ohne es konkret zu definieren oder sich mit irgendwelchen Sachzwängen zu befassen. Vor allem haben sie selbst keine Ahnung, wie ihr Wunschdenken verwirklicht werden könnte.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird nicht in den Büros einer staatlichen Planwirtschaft, im Parlament oder über Bürgerproteste bestimmt. Sie wird vielmehr von der Nachfrage, von den Konsumenten geprägt. Die Politik hat nur einen indirekten Einfluss, indem sie Leitplanken aufstellt oder punktuell dieses oder jenes verbietet, insofern sie dies überhaupt tun darf.

Wenn Luxemburg das Wachstum explizit oder implizit akzeptiert und anschließend glaubt, die Entwicklung indirekt abbremsen zu können, indem es das Angebot an Baugrundstücken einschränkt – denn genau dies geschieht ja – werden lediglich sehr unerwünschte Konsequenzen wie enorme Preissteigerungen für Wohn- und Arbeitsraum provoziert.

Wer sich weigert, ein Problem mutig und offen anzusprechen und stattdessen heimlich versucht, das zu verhindern, was er nicht mag, der betreibt immer eine Strategie, die auf Dauer nicht funktionieren kann.

Gestehen wir es uns ein: Wachstum zu verbieten, ist weitgehend unmöglich. Denn jeder, der eine Arbeitsstelle findet, darf diese annehmen, jeder, der Personal braucht, stellt neue Mitarbeiter ein, jeder, der eine neue Firma gründen will, darf dies tun, ohne von uns und unserer Regierung dazu eingeladen oder ermächtigt zu sein.

Zumindest für die Bürger und Firmen aus der EU gilt in Luxemburg uneingeschränkt das Prinzip des freien Verkehrs von Kapital und Arbeit, ohne Möglichkeit zur Diskriminierung. Und selbst dort, wo wir tatsächlich Nein sagen könnten, also bei EU-Ausländern, tun wir es nicht, weil es dabei in der Regel um hochwertige und wenig personalintensive Tätigkeiten geht. Somit ist jedermann hier willkommen: US-Amerikaner, Russen, Chinesen und alle anderen.

Es gibt sehr wenig Bereiche, wo der Staat und die Gemeinden einen wirksamen Einfluss ausüben können, hauptsächlich wenn Ermächtigungen für das Errichten von Produktionsstätten erforderlich sind. Hier können wir mit mancherlei Vorwänden einen Riegel vorschieben und es unseren Nachbarn überlassen, sich mit schmutzigen Produktionen und Ähnlichem zu befassen. Und wenn diese genauso denken, wird das den Ländern der Dritten Welt zugemutet.

Eine solche grenzüberschreitende NIMBY-Haltung ist durchaus machbar, wenngleich nur begrenzt tugendhaft. Aber da wird man dann vielleicht zu spät merken, welche geopolitischen Abhängigkeiten und Lieferketten-Probleme man sich dadurch eingehandelt hat.

Wir sollten hier keine falsche Debatte führen, denn unser Wirtschaftswachstum und die zusätzlichen 220.000 Jobs der letzten 20 Jahre befinden sich absolut nicht im Bereich der Industrie oder Gütererzeugung. Wer die Sachlage genau klärt, stellt schnell fest, dass das enorme Wachstum unseres Arbeitsmarkts im Wesentlichen auf zwei Quellen beruht.



Es gibt erstens die neuen Arbeitsplätze der exportorientierten Dienstleistungen jeder Art, welche Unternehmen und Investoren aus aller Welt in Luxemburg schaffen, weil der Standort offensichtlich sehr günstig für das grenzüberschreitende „Business“ ist. Dies ist der externe Treiber unserer Demografie.

Zweitens gibt es jene Jobs, welche entstehen, weil die wachsende Bevölkerung und die erweiterte Unternehmenswelt viele zusätzliche Bedürfnisse schaffen, die intern bedient werden müssen. Daraus ergibt sich ein zusätzliches, „induziertes“ Wachstum.

Um diese zweite Kategorie braucht man sich nicht zu sorgen, und hier ließe sich ohnehin nichts wirksam und problemlos ändern. Wenn man nämlich die Schaffung der exogenen Jobs abbremsen könnte, gäbe es ipso facto keinen neuen automatischen Bedarf mehr in der zweiten Gruppe.

Das gesamte Arbeitsplatzwachstum wird somit eigentlich allein durch das internationale Geschäft ausgelöst. Und weil sich der Finanzplatz seit der Bankenkrise im Jahr 2008 nur noch bedingt ausweitet und die Zahl der Arbeitsstellen in den staatlich angeschobenen Forschungstätigkeiten vorerst noch überschaubar bleibt, wächst Luxemburg derzeit hauptsächlich durch die Vermehrung und den Ausbau von Beteiligungs- und Managementfirmen unterschiedlichster Ausrichtung und Herkunft.

Wir reden hier von den sogenannten Soparfis, den „Sociétés de Participation Financière“, die in sehr vielfältiger Form auftreten. Als ursprüngliche Nachfolger der abgeschafften Holdinggesellschaften haben sich diese Firmen wegen der veränderten Steuerregeln um mehr „Substanz“ (d. h. um mehr Personal) bemühen müssen.

Ein Teil von ihnen besteht auch weiterhin aus nur einer Handvoll von Mitarbeitern, doch daneben gibt es inzwischen immer mehr beachtliche Entscheidungszentren und Koordinierungsstellen weltweiter Firmengruppen mit hochspezialisierten Fachstäben für Konzernfinanzen, Materialbeschaffung, Vermögensverwaltung, Marketing und Logistik etc. bis hin zu zahlreichen Europa-Hauptquartieren amerikanischer oder asiatischer Großkonzerne.

Ohne dass die Öffentlichkeit dies wahrgenommen hat, ist die Bedeutung dieser Unternehmen recht beachtlich geworden. So erbringen sie beispielsweise

28 % der gesamten Körperschaftssteuern (gegenüber 22 % seitens der Banken und 24 % vom Rest des Finanzplatzes!). Sie machen zudem 26 % der kommunalen Gewerbesteuern aus. Bei den Kapitalertragssteuern stellen sie 75 % der Einkünfte dar. Bei den Vermögenssteuern und den Tantiemen-Steuern beträgt ihr Anteil 70 % bzw. 57 %.

Wollen wir diese Goldesel wirklich loswerden, nur weil sie Büroräume und Mitarbeiter beanspruchen? So gesehen bleibt das Fazit hinsichtlich der Machbarkeit einer sinnvollen „Entschleunigung“ unseres ökonomischen und demografischen Wachstums eher ernüchternd.

Auch wenn es kein Wundermittel gibt, das im Handumdrehen die Expansion sinnvoll abbremsen könnte, wollen wir doch einen Weg aufzeigen, der zumindest eine gewisse Mäßigung bewirken könnte, wohlwissend, dass dieser nicht jedem gefallen wird.

Wenn Luxemburg im exportorientierten Teil seiner Wirtschaft die weniger rentablen Unternehmensbereiche entmutigen will, muss es bloß konsequent und nachhaltig eine Hochlohnpolitik verfolgen. Wenn der Mindestlohn regelmäßig angehoben wird und die Indexmechanismen maximal wirken können, werden die weniger produktiven Exporteure ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Infolgedessen werden sie weniger investieren und rekrutieren und somit nach und nach schließen oder wegziehen.

Für diese Firmen wird der Standort Luxemburg schnell unattraktiv, während jedoch die Luxemburg-Zentralen der „Global Player“ mit ihren hoch qualifizierten Mitarbeitern hier kaum davon betroffen sind. Unsere gesamtwirtschaftliche Produktivität wird nachhaltig steigen, und die Wirtschaft wird schneller als der Arbeitsmarkt und die Bevölkerung wachsen.

Das Umkrempeln durch eine solche Strategie wird aber nicht ohne soziale Spannungen zum Erfolg führen. Die weniger produktiven einheimischen Unternehmen müssen die gesteigerten Personalkosten auf die lokale Kundschaft abwälzen, was sie durchaus können, weil sie sich alle in der gleichen Lage befinden.

Als Verbraucher werden wir jedoch die dabei anfallenden Kostensteigerungen tragen müssen. Das ist aber der Preis für weniger Wachstum! Es gibt ja nie etwas umsonst.

Paul Zimmer

Luxemburger Demografie	1960	2021	Veränderungen	
Einwohner und Grenzgänger	317 000	840 000	+ 165 %	+ 523 000
Einwohner des Landes	314 000	645 000	+ 105 %	+ 331 000
Gesamtbeschäftigte	132 000	490 000	+ 271 %	+ 358 000
Luxemburgische Einwohner	273 000	340 000	+ 25 %	+ 67 000
Nicht-luxemburgische Einwohner	41 000	305 000	+ 644 %	+ 264 000
Beschäftigte Einwohner	129 000	275 000	+ 113 %	+ 146 000
Pendler aus dem Grenzgebiet	3 000	215 000	+ 7067 %	+ 212 000
Ansässige nicht-luxbg. Beschäftigte	20 000	140 000	+ 600 %	+ 120 000
Luxemburgische Beschäftigte	109 000	135 000	+ 24 %	+ 26 000



CGFP-Spendengelder für den Einsatz von „Médecins Sans Frontières“ in der Ukraine

„Stets den humanitären Prinzipien verpflichtet“

Unmittelbar nach dem Konfliktbeginn in der Ukraine spendeten die CGFP und ihre Stiftung „Fondation de Secours“ im vergangenen März insgesamt 100.000 Euro an zwei Hilfsorganisationen. Die Hälfte dieses Betrags ging an „SOS Villages d'Enfants Monde“ (siehe „fp“-Ausgabe Nummer 274). Die restliche Summe wurde an „Médecins Sans Frontières“ überwiesen. Gegenüber dieser Zeitung erläutert Béchara Ziade, Präsident von MSF Luxemburg, wie seine Organisation den Menschen in der Ukraine und den vielen Geflüchteten hilft und auf welche Herausforderungen sie dabei stößt.

Angesichts der andauernden Kämpfe bleibt die humanitäre Lage in der Ukraine bedrohlich. „Ärzte ohne Grenzen“ freut sich über die Welle der Solidarität. Auch hierzulande sei die Spendenbereitschaft außerordentlich hoch, betont Béchara Ziade, der Vorsitzende von „Médecins Sans Frontières“ (MSF) Luxemburg: „Ich will mich an dieser Stelle bei der CGFP und deren Stiftung für ihre Großzügigkeit ausdrücklich bedanken. Der CGFP-Zuschuss in Höhe von 50.000 Euro zählt zu den zehn bedeutendsten Spenden, die wir erhalten haben.“

MSF finanziert sich zu 99 % aus privaten Spenden. Im Gegensatz zu vielen anderen subventionierten Organisationen lebt „Ärzte ohne Grenzen“ ausschließlich von Spendengeldern und kann dank seiner Unabhängigkeit frei entscheiden, in welchen Regionen der Welt Hilfe geleistet wird.

Seit 1999 sind die MSF-Teams in der Ukraine tätig. Als 2014 der erste Konflikt im Osten des Landes ausbrach, bot MSF spezialisierte Programme zur Behandlung von Infektionskrankheiten an. Diese Grundstruktur habe sich später als sehr nützlich erwiesen, so Ziade. Unmittelbar nach dem Kriegsbeginn im Jahr 2022 wurden von MSF vier Millionen Euro an Hilfsmaterial in das Krisengebiet

entsendet, um schnell auf die akuten Bedürfnisse der Notleidenden zu reagieren. Zudem schickte MSF spezialisierte Teams für die Chirurgie von Kriegsverletzten vor Ort ins Krisengebiet.

Rund 600 MSF-Mitarbeiter vor Ort

Zurzeit sind 500 ukrainische und 122 aus dem Ausland eingereiste MSF-Mitarbeiter in der Ukraine im Einsatz, darunter u.a. Ärzte, Krankenpfleger, Psychologen und Logistiker. Unter den insgesamt 622 MSF-Mitarbeitern sind zurzeit keine Luxemburger. Das Großherzogtum leistet jedoch durch seine große Spendenbereitschaft und die Aufnahme von Flüchtlingen wertvolle Unterstützung.

Die Helfer vor Ort stellen eine völlige Missachtung der Sicherheit der Zivilbevölkerung fest. Die Frontlinien in der Ukraine bewegen sich ununterbrochen, sodass sich die Lage in den Kampfgebieten schnell verändert. Umso schwieriger sei es, die Sicherheit der Mitarbeiter und Patienten zu gewährleisten, unterstreicht der Vorsitzende von MSF Luxemburg: „Derzeit arbeiten wir ausschließlich in Gebieten, die von ukrainischen Behörden kontrolliert werden. Wir versuchen jedoch, so nah wie möglich an die Frontlinien zu gelangen.“ MSF halte die

jeweiligen Konfliktparteien stets über den genauen Ablauf seiner Aktivitäten auf dem Laufenden.

Erst im vergangenen Monat reiste der internationale Präsident von „Ärzte ohne Grenzen“, Christos Christou, in die Ukraine, um sich vor Ort sowohl mit den ukrainischen als auch mit den russischen Behörden auszutauschen. „Im Interesse unserer Patienten führen wir einen konstruktiven und neutralen Dialog mit allen beteiligten Konfliktparteien“, stellt Béchara Ziade klar. Eine weitere Herausforderung bestehe darin, sich ständig den Bedürfnissen der Menschen anzupassen. „Im Bereich der Nothilfe verfügt MSF über eine große Flexibilität. Somit wird sichergestellt, dass die Hilfe an der richtigen Stelle ankommt“, erklärt Ziade.

Hunderte Tonnen von Hilfsgütern

In den ukrainischen Krankenhäusern wird der Mangel an Medikamenten und medizinischem Material zunehmend sichtbar. Deshalb transportiert „Médecins Sans Frontières“ regelmäßig Hilfsgüter in die Ukraine, die anschließend an die Spitäler verteilt werden. In den ersten Stunden des Konflikts wurden von Brüssel aus 23 Tonnen Medikamente und medizinische Ausrüstung in die Ukraine verschickt. Zählt man noch die anderen Einsatzzentren hinzu, umfassen die Lieferungen ein Volumen von 800 Tonnen (Stand bei Redaktionsschluss).

Vor dem Beginn des Konflikts verfügte die Ukraine über ein starkes medizinisches Gesundheitssystem mit gut ausgebildetem Personal. Sowohl die Infrastruktur als auch die Mitarbeiter waren jedoch

nicht für die Aufnahme von unzähligen Kriegsverletzten ausgerüstet.

MSF-Teams helfen einigen Krankenhäusern bei der Reorganisation ihrer Notaufnahmen, schulen das medizinische Personal und bieten Dienstleistungen in den Bereichen psychische Gesundheit, Physiotherapie und Rehabilitation an. Im Osten des Landes betreibt „Ärzte ohne Grenzen“ einen Rettungsdienst mit acht Krankenwagen, um Patienten in sicherere Regionen zu überweisen.

Ziel ist es, sicherzustellen, dass die Krankenhäuser weitestgehend in der Lage bleiben, ihre Tätigkeiten autonom zu erfüllen. Neben medizinischem Material werden u.a. Stromgeneratoren, Heizöl und Wasser geliefert. Problematischer gestaltet sich die Situation dort, wo ihnen der Zugang verwehrt wird. Hier bleibt es schwierig, sich einen genauen Überblick über die jüngste Entwicklung zu verschaffen. Nicht jeder kann aus den hart umkämpften Gebieten flüchten: Insbesondere ältere Personen sowie behinderte oder mittellose Menschen sind nicht in der Lage, Zuflucht im Ausland zu suchen.

Medizinisch ausgestattete Züge

Krankenhäuser, die sich im Osten und im Süden unmittelbar an der Frontlinie befinden, sind überlastet. Um Abhilfe zu leisten, transportiert MSF seit März einen Teil der Verwundeten mit Zügen in den Westen der Ukraine. In Zusammenarbeit mit der ukrainischen Eisenbahngesellschaft und dem Gesundheitsministerium werden auf diese Weise jeden Monat rund 500 gefährdete Personen evakuiert. In 43 % der Fälle handelt es



Béchara Ziade, Präsident von MSF Luxemburg

MSF: Ein unermüdlicher Einsatz in mehr als 70 Ländern

Das internationale Netzwerk von „Médecins Sans Frontières“ (MSF) wurde 1971 von einer Gruppe von Ärzten und Journalisten in Frankreich gegründet, die Ende der 60er Jahre das Leid der Menschen während des Bürgerkrieges in Biafra miterleben mussten. Ihr Ziel war es, die humanitäre Hilfe unbürokratischer und somit wirksamer zu gestalten. „Ärzte ohne Grenzen“ ist inzwischen in mehr als 70 Ländern im Einsatz. Die unparteiliche Organisation leistet Nothilfe in Krisen- und Kriegsgebieten, greift infolge von Naturkatastrophen ein und kämpft gegen Epidemien. Hierfür wurde ihr 1999 der Friedensnobelpreis verliehen. Mediziner, Psychologen und Logistiker aus der ganzen Welt pflegen enge Kontakte mit ihren Kollegen aus den Einsatzländern. Béchara Ziade leitet den Vorsitz von MSF Luxemburg. Der gebürtige Libanese verfügt über eine langjährige Erfahrung bei MSF. Der ausgebildete Mediziner und Universitätsprofessor praktizierte als Allgemeinmediziner. Seit 2017 leitet er im luxemburgischen Gesundheitsministerium die Abteilung für „Schulmedizin und Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.“

ml



sich um erlebte Traumata. Rund 10 % dieser Transporte sind Fälle von Intensivpflege.

Für diesen Zweck wurden zwei Züge medizinisch ausgerüstet. Trotz dieses großen logistischen Aufwands wurden die Vorbereitungen zwischen 15 Tagen und drei Wochen abgeschlossen. Eine solche hohe Anzahl von Verwundeten über eine so große Distanz zu transportieren, ist nicht alltäglich. „Auf diese tolle Leistung sind wir stolz. Eine solche Hilfsaktion haben wir bislang noch nirgendwo durchgeführt“, unterstreicht der Präsident von MSF Luxemburg.

Der erste Zug mit vier Waggons dient der Evakuierung von gefährdeten Personen (Waisenkinder, ältere Mitbewohner aus Pflegeheimen, Behinderte...). Der zweite Zug, der acht Waggons umfasst, ist u.a. mit einer Intensivstation ausgestattet und den Verletzten vorbehalten. Ein Großteil dieser Patienten müssen postoperativ behandelt werden. Jede Zugfahrt dauert zwischen 20 und 30 Stunden. Dabei werden die Hilfsbedürftigen von Ärzten, Pflegekräften und teilweise auch von Angehörigen begleitet. Somit können in den nahe der Front gelegenen Krankenhäusern wieder Betten freigestellt werden, die dringend für die Aufnahme von neuen Patienten gebraucht werden.

Die Zügevacuierung bietet den Vorteil, dass die Versorgung der Patienten mehr als 24 Stunden lang gewährleistet werden kann. Außerdem verfügt die Ukraine über ein sehr gut ausgebautes Schienennetz. Die Auswahl der Patienten geschieht in enger Abstimmung mit den lokalen Behörden. Dabei müssen zwei Hauptbedingungen erfüllt sein. Die für die Evakuierung auserwählten Personen müssen dem Transport zustimmen. Zudem muss ein medizinischer Bedarf bestehen.

Mobile Klinik in der U-Bahn

Die Teams von „Ärzte ohne Grenzen“ betreiben auch an mehreren Orten mobile Kliniken. Diese zählen zu den wichtigsten MSF-Einrichtungen in der Ukraine. Sie sind überall dort anzufinden, wo ein konkreter Bedarf besteht, und werden u.a. von Menschen aufgesucht, die an chronischen Krankheiten wie Epilepsie, Bluthochdruck, Diabetes, Herzkrankheiten oder Asthma leiden. Den Menschen werden ärztliche Beratungen angeboten und Medikamente verteilt.

„Ärzte ohne Grenzen“ wird grundsätzlich von den Bedürfnissen der Notleidenden geleitet. Folglich sind diese Infrastrukturen im Osten der Ukraine häufiger anzutreffen als im Westen, wo die Krankenhäuser besser aufgestellt sind. In Charkiw, der zweitgrößten ukrainischen Stadt, hat MSF sogar eine mobile

Klinik in einer U-Bahnstation eingerichtet, wo die Einwohner Schutz vor den Bombenangriffen suchen.

Neben der Versorgung von Kriegsverletzten und der Behandlung von chronisch erkrankten Menschen hat der monatelange bewaffnete Konflikt bei vielen Menschen schwere seelische Narben hinterlassen. In Kriegsgebieten werde die psychische Gesundheit oft vernachlässigt, warnt Béchara Ziade: „Je länger der Konflikt dauert, desto anfälliger werden die Menschen auf mentaler Ebene.“

Seit Monaten müssten viele Ukrainer unter äußerst schwierigen Lebensbedingungen (teilweise ohne Strom, Wasser und Nahrung) ausharren. „Erschwerend hinzu kommt, dass die unerwarteten Bombardierungen jenseits der Frontlinien in der Bevölkerung viel Angst ausgelöst haben. Sogar Menschen, die weit entfernt von den Kämpfen leben, würden sich oft nicht in Sicherheit wägen, ergänzt der Vorsitzende von MSF Luxemburg.“

Ausbildung von psychologischen Ersthelfern

In Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Ministerium für „Wiedereingliederung und vorübergehend besetzte Gebiete“ bietet MSF Ausbildungen für psychologische Ersthelfer an. Auch das Pflegepersonal und die Helfer vor Ort erhalten Schulungen zu diesem Thema. Das betreffende Ministerium hat eine Anrufzentrale für Menschen eingerichtet, die psychologische Unterstützung brauchen. Ziel ist es, den Bedürfnissen der Vertriebenen gerecht zu werden. Die Hilfe richtet sich auch an jene Menschen, die in den von den Russen kontrollierten Gebieten verblieben sind.

„Médecins Sans Frontières“ hat des Weiteren eine Telefon-Hotline für die Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt eingerichtet. MSF hat auf diesem Gebiet noch zahlreiche andere Initiativen gestartet. Dazu gehören präventive Behandlungen zur Vermeidung sexuell übertragbarer Krankheiten, Impfungen gegen Hepatitis B und Tetanus, die Bereitstellung von Notfallkontrazeptiva und Schwangerschaftstests sowie die Behandlung körperlicher Verletzungen.

Schließlich arbeitet MSF in vielen Bereichen mit anderen Hilfsorganisationen zusammen, die auch in der Ukraine anwesend sind. Darüber hinaus verwirklicht MSF in den Nachbarstaaten der Ukraine (Weißrussland, Polen und der Slowakei) gezielte Projekte. Auch wenn die internationale Gemeinschaft solidarisch hinter der Ukraine steht und auf Distanz mit Russland geht, ist MSF als unparteiliche Organisation nach einer 30-jährigen Präsenz auch heute immer noch in Russland tätig. Derzeit arbeiten die Teams von MSF



MSF betreibt zahlreiche mobile Kliniken. Eine davon wurde in einer U-Bahnstation von Charkiv eingerichtet, wo die Einwohner Schutz vor den Bombenangriffen suchen. Fotos: © MSF

in einigen Regionen Russlands mit den Gesundheitsbehörden zusammen, um die lebensrettende Behandlung von Patienten mit medikamentenresistenter Tuberkulose zu unterstützen.

Trotz der zusätzlichen humanitären Anstrengungen, die in der Ukraine erforderlich sind, habe MSF weltweit seine Projekte weitestgehend aufrechterhalten, heißt es. So sei „Ärzte ohne Grenzen“ z.B. weiterhin in Zukunft dafür gewappnet, innerhalb von 24 Stunden auf eine Naturkatastrophe zu reagieren, auch wenn dies in personeller Hinsicht eine große Herausforderung darstelle.

Neben allen Gräueltaten ist der Konflikt in der Ukraine auch von einem gnadenlosen Krieg der Falschinformationen und der Propaganda geprägt. Trotz dieser heiklen Situation legt „Ärzte ohne Grenzen“ viel Wert auf die Wahrung seiner Prinzipien. „MSF ist stets den humanitären Prinzipien verpflichtet. Bei allen Einsätzen bleiben wir unserer Charta stets treu. Diese beruht auf Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität. Wenn wir also in Konfliktgebieten im Einsatz sind, beziehen wir keine Stellung. Wir sind dort aktiv, wo die Menschen uns brauchen, häufig auf beiden Seiten des Konflikts“, versichert Béchara Ziade. „Wir behandeln die Verletzten je nach Dringlichkeit, unabhängig von ihrer Herkunft. Auch ein verletzter Soldat, der außer Gefecht ist, wird von uns als ein Opfer eingestuft“, bekräftigt der Präsident von MSF Luxemburg.

Engagement aus persönlicher Überzeugung

Béchara Ziade weiß, wovon er spricht. 15 Jahre lang erlebte er in seinem Heimatland hautnah den Libanon-Krieg. Sein Körper ist heute noch von Kriegsnarben gezeichnet. Ausschlaggebend für seinen jahrelangen humanitären Einsatz war jedoch eine andere schmerzliche Erfahrung. Vor Jahren machte er im Libanon Bekanntschaft mit einem zwölfjährigen Kind, das am offenen Herzen operiert werden musste. Der medizinische Eingriff sollte im Ausland erfolgen. Den Eltern des jungen Patienten fehlten jedoch die nötigen finanziellen Mittel.

„Damals unternahm ich alles Mögliche, um das nötige Geld aufzutreiben. Ich wusch Autos und startete in meiner Schule mehrere Aktionen. Eigentlich war ich zu diesem Zeitpunkt für Studien auf einer Ingenieur-Hochschule eingeschrieben, doch diese Erfahrung bewog mich dazu, Arzt zu werden und mich auf humanitärer Ebene zu engagieren“, offenbart der Präsident von MSF Luxemburg.

Fragt man Béchara Ziade nach seinem größten Wunsch, lautet seine Antwort prompt: „In den 30 Jahren, in denen ich jetzt schon im Dienst von MSF stehe, habe ich immer davon geträumt, irgendwann arbeitslos zu werden: Ich habe immer gehofft, dass keine humanitäre Hilfe mehr nötig sein wird. Mein tiefster Wunsch in Bezug auf die Ukraine ist, dass so wenig Leid wie nur möglich entsteht.“

Max Lemmer

MÖCHTEN AUCH SIE HELFEN?

Wenn auch Sie konkrete Hilfe leisten möchten, haben Sie die Möglichkeit, eine Spende an die „**Fondation CGFP de Secours**“ zu überweisen. Der steuerlich absetzbare Betrag kann auf eines der folgenden Konten eingezahlt werden:



CCPLLULL LU46 1111 0733 4614 0000
BCEELULL LU57 0019 1000 2060 6000



Zur Entlastung der nahe der Frontlinien gelegenen Krankenhäuser transportiert MSF im Schnitt rund 500 gefährdete Personen mit medizinisch ausgestatteten Zügen in den Westen der Ukraine.

„Fairtrade Lëtzebuerg“

Eine dreißigjährige Erfolgsgeschichte

„Fairtrade Lëtzebuerg“ hat bei vielen Anlässen in diesem Jahr sein 30-jähriges Bestehen gebührend gefeiert. Auch die CGFP zählt zu den Trägerorganisationen dieser luxemburgischen NGO, die seit nunmehr drei Jahrzehnten im fairen Handel tätig ist. „Fairtrade-Lëtzebuerg“ versteht sich als Brückenbauer zwischen den benachteiligten Produzenten in Afrika, Asien sowie Lateinamerika und den Verbrauchern im Norden.

In Differdingen, der ersten fairtrade-zertifizierten Gemeinde in Luxemburg, wurde bereits am 22. März eine „Fairtrade-Fackel“ nach dem olympischen Grundgedanken der Fairness angezündet. Inzwischen haben sich hierzulande mehr als 30 Kommunen dazu verpflichtet, auf fair gehandelte Produkte zurückzugreifen. Bis zum Jahresende wird die Fackel auf rund 30 Etappen quer durch das ganze Land Halt machen. Zahlreiche Gemeinden, Schulen, Unternehmen sowie Handelspartner und Vereine nehmen jeweils die symbolträchtige Flamme in Empfang und organisieren gleichzeitig Aufklärungsaktionen rund um den fairen Handel.



Jean-Louis Zeien, Präsident von „Fairtrade Lëtzebuerg“ fordert von der Regierung eine proaktivere Haltung bei der bevorstehenden Gesetzgebung zur Sorgfaltspflicht.

Unter dem Motto „The Future is Fair“ sind zudem im ganzen Land Porträts von Fairtrade-Produzenten auf Wandgemälden im öffentlichen Raum abgebildet. Ziel dieser „Fairtrade-Wall“ ist es, denjenigen, die am Anfang unserer Lieferketten stehen, ein Gesicht zu geben und ihnen somit mehr Sichtbarkeit zu verleihen.

Seit seiner Gründung durch Jean-Louis Zeien sowie mehrere engagierte Menschen und Organisationen hierzulande fußt das Engagement von „Fairtrade Lëtzebuerg“ auf vier Säulen: in der breiten Öffentlichkeit das Bewusstsein für den fairen Handel schärfen; künftigen Generationen die Möglichkeiten aufzeichnen, die sie als Verbraucher haben; auf politischer Ebene Überzeugungsarbeit für notwendige Gesetzesänderungen leisten und schließlich den Markt weiterentwickeln, damit noch mehr Fairtrade-Produkte in den Handel gelangen.

Überwundene Skepsis

Zu Beginn sei man auf eine große Skepsis gestoßen, erinnert sich Jean-Louis Zeien, Präsident und Mitgründer von „Fairtrade Lëtzebuerg“: „Der Geschäftsführer eines Supermarktes fragte mich damals, ob die Fairtrade-Initiatoren an den Weihnachtsmann glauben würden. Uns wurde damals prophezeit, dass niemand in Luxemburg bereit sei, einen



Weltweit sind 1,8 Millionen Produzenten fairtrade-zertifizierten Kooperativen angegliedert. Der Kauf eines fair gehandelten Produktes ermöglicht ihnen bessere Lebensbedingungen. © Fairtrade

zusätzlichen Cent für faire Produkte auszugeben. Einige Kritiker machten zum Teil sogar rassistische Bemerkungen gegenüber Produzenten der südlichen Hemisphäre.“

Der faire Handel beschränkt sich längst nicht mehr auf Nahrungsmittel. Großes Entwicklungspotenzial gibt es u.a. im Bereich der Textilien.

Im Laufe der Zeit ist der Bekanntheitsgrad der Fairtrade-Palette kontinuierlich gestiegen. Nach und nach haben diese ehemaligen Nischenprodukte die Regale der Lebensmittelgeschäfte bis hin zu den Supermärkten erobert. In Luxemburg war der Kaffee das erste Produkt, das unter dem Fairtrade-Label vermarktet wurde. Gemessen an den Umsatzzahlen stellen Fairtrade-Rosen heute den größten Marktanteil dar, dicht gefolgt von Bananen, Kaffee und Schokolade.

Die Einwohner Luxemburgs geben mittlerweile im Jahr 40 Euro pro Kopf für fair gehandelte Produkte aus. Das ist beinahe doppelt so viel wie vor fünf Jahren. Das Großherzogtum liegt damit in der internationalen Rangliste an sechster Stelle. Auch wenn dieses Ergebnis beachtlich sei, gebe es noch „viel Luft nach oben“, betont Jean-Louis Zeien. Weltweiter Spitzenreiter ist die Schweiz. Die Eidgenossen geben im Schnitt jährlich doppelt so viel Geld für Fairtrade-Produkte aus wie die Luxemburger.

3.000 fairtrade-zertifizierte Produkte

Der Einsatz von „Fairtrade Lëtzebuerg“ hat sich in all den Jahren bezahlt gemacht. Zurzeit gibt es in Luxemburg 30 zertifizierte Partner, die unter ihrem eigenen Namen Fairtrade-Produkte herstellen. Die Zahl wachse kontinuierlich, versichert Zeien. Die Hersteller würden schnell merken, dass sich die Beteiligung am fairen Handel für sie auszahle. „Fairtrade darf nicht eine von vielen Alternativen darstellen. Nein, dieses Konzept muss die neue Normalität sein“, unterstreicht der Vorsitzende von „Fairtrade Lëtzebuerg“.

In Luxemburg sind derzeit rund 3.000 mit dem Fairtrade-Siegel zertifizierte Produkte erhältlich, 400 davon tragen den Namen einer luxemburgischen Marke. Einer jüngsten TNS Ilres-Umfrage zufolge sind bereits 94 % der Einwohner Luxemburgs mit dem Fairtrade-Siegel in Berührung gekommen. Vier von fünf Luxemburgern erhoffen sich, dass die einheimischen Hersteller – wann auch immer es nur möglich ist – auf Rohstoffe zurückgreifen, die unter menschenwür-

digen und fairen Bedingungen gewonnen werden. Besonders erfreulich sei es, dass auch immer mehr Produzenten des luxemburgischen Handwerksgewerbes bereit seien, diesen Weg einzuschlagen, fügt der Präsident von „Fairtrade Lëtzebuerg“ hinzu.

Aufgrund der steigenden Inflation verlieren derzeit viele Haushalte zunehmend an Kaufkraft. Die Gefahr, dass dadurch in Zukunft möglicherweise weniger Menschen bereit seien, mehr Geld für fair gehandelte Produkte auszugeben, lasse sich nicht wegdiskutieren, räumt Jean-Louis Zeien ein: „Trotz der schwierigen Lage, in der sich jetzt manche Bürger befinden und für die ich Verständnis habe, bleibe ich ein Stück weit zuversichtlich, dass die beiden Prinzipien ‚Solidarität‘ und ‚Gerechtigkeit‘ auch in Krisenzeiten nicht als Erste auf der Strecke bleiben werden. Das wäre eine fatale Entwicklung!“

CGFP als wichtiger Partner

Sowohl beim Konsum von Fairtrade-Produkten als auch in Bezug auf die Arbeitskleidung sieht der engagierte Lobbyist u.a. noch Handlungsbedarf bei den Ministerien und den öffentlichen Verwaltungen, auch wenn hier in den vergangenen Jahren schon einige Fortschritte erzielt worden seien. Die öffentliche Hand müsse mit gutem Beispiel vorangehen, bekräftigt der luxemburgische Pionier des fairen Handels: „Unser Partner, die CGFP, ist dabei ein wichtiger Akteur, um bei den politisch Verantwortlichen gezielt zu intervenieren. Es kann nicht angehen, dass soziale Errungenschaften niedergemäht werden.“

Ein gutes Zeugnis stellt Zeien dem Kooperationsministerium aus. Die Verantwortlichen dieses Ressorts hätten die Zeichen der Zeit erkannt. Von der Regierung erwarte man jedoch eine proaktivere Haltung bei der bevorstehenden Gesetzgebung zur sogenannten Sorgfaltspflicht im Umwelt- und Menschenrechtsbereich.

„Regierung muss Farbe bekennen“

Bereits vor einem Jahr wurde ein interministerieller Ausschuss gebildet, der die Möglichkeit eines Sorgfaltspflichtgesetzes für in Luxemburg ansässige Unternehmen prüfen soll. „Fairtrade Lëtzebuerg“ bemängelt, dass die Schlussfolgerungen dieses Ausschusses immer noch nicht vorliegen. Auch habe die Regierung bislang keine öffentliche Stellung zum Entwurf der diesbezüglichen EU-Richtlinie bezogen.

Andere Länder seien Luxemburg auf diesem Gebiet weit voraus. So verfüge z.B. Frankreich seit 2017 über eine entsprechende Gesetzgebung. In Deutschland würden die vor Kurzem verabschiedeten neuen gesetzlichen Bestimmungen zum 1. Januar kommenden Jahres in Kraft treten. „Die Dreierkoalition muss hier mehr denn je Farbe bekennen, zumal Luxemburg neuerdings im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen vertreten ist“, unterstreicht Jean-Louis Zeien.

Die Vorteile des Fairtrade sind unbestreitbar. Der Kauf eines fair gehandelten Produktes ermöglicht den benachteiligten Produzenten und deren Familien bessere Lebensbedingungen. Neben dieser sozialen Komponente stehen auch die nachhaltige Entwicklung sowie ein umweltverträglicher Konsum im Vordergrund.

Mittlerweile sind weltweit 1,8 Millionen Produzenten fairtrade-zertifizierten Kooperativen angegliedert. Durch die stabilen Preise, die ihnen gewährleistet werden, erhalten sie eine Planungssicherheit. Den Produzenten stehen zudem Entwicklungsprämien zu. Diese Gelder müssen anschließend wieder in soziale Projekte wie z.B. in den Ausbau von Schulen oder in die Finanzierung von Krankenhäusern fließen. Allein im vergangenen Jahr wurden in Südamerika, Afrika, Asien und der Karibik Entwicklungsprämien in Höhe von 191 Millionen Euro ausbezahlt.

160 Millionen Minderjährige in Arbeit

Im Gegenzug müssen die Fairtrade-Produzenten eine Reihe von Auflagen erfüllen. So dürfen sie z.B. keine gentechnisch veränderten Mechanismen verwenden. Des Weiteren müssen sie die wesentlichen Regeln des Arbeitsrechts einhalten (Arbeitsverträge, Mutterschaftsurlaub, würdevolle Arbeitsbedingungen...). Ein besonderes Augenmerk gilt auch der Kinderarbeit, die strengstens untersagt ist. Die derzeitige Entwicklung ist jedoch alarmierend.

Die jüngsten Zahlen der Internationalen Arbeitsorganisation lassen darauf schließen, dass die ausbeuterische Kinderarbeit, die jahrelang tendenziell rückläufig war, im Zuge der Pandemie wieder drastisch gestiegen ist. Schätzungen zufolge sind mittlerweile weltweit 160 Millionen Minderjährige von diesem Phänomen betroffen. Seit dem Pandemieausbruch sind bis zu neun Millionen Jugendliche dazu gestoßen.

„Sie laufen Gefahr, dauerhaft in die Kinderarbeit abzuriften. Wir sind nicht nur mit Engpässen in den Lieferketten, sondern auch mit einer Verletzung der Menschenrechte konfrontiert“, gibt Jean-Louis Zeien zu bedenken. Es sei empörend, dass manche Wirtschaftsakteure auch heute noch die Augen davor verschließen würden. Allein diese Tatsache zeige, dass der Kampf für mehr Gerechtigkeit und Solidarität noch längst nicht vorbei sei.

Max Lemmer



Jahreshauptversammlung der Europäischen Bausparkassenvereinigung (EuBV) in Luxemburg

„Europa steht vor gewaltigen Herausforderungen“

Am 13. und 14. Oktober tagte die Jahreshauptversammlung der Europäischen Bausparkassenvereinigung (EuBV) in Luxemburg. Dieser Zusammenschluss von Kreditinstituten und Einrichtungen hat sich seit seiner Gründung zum Ziel gesetzt, die Finanzierung von Wohneigentum aktiv zu fördern und zu unterstützen. An der zweitägigen Tagung nahmen auch drei in Luxemburg ansässige EuBV-Mitglieder teil: Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement, BHW Bausparkasse AG und Wüstenrot-Bausparkasse AG.

Im Anschluss an die Generalversammlung fand eine gediegene Feier im Hotel „Le Royal“ statt. Zu den zahlreichen Ehrengästen zählte u.a. der langjährige Staatsminister und ehemalige EU-Kommissionspräsident Jacques Santer, der den Einsatz der oben genannten Einrichtungen stets zu würdigen weiß.

In ihrer kurzen Begrüßungsrede wies die EuBV-Präsidentin Bernadett Tátrai darauf hin, dass sich die wirtschaftlichen Aussichten in der Eurozone mit der rekordverdächtigen Inflation verschlechtern würden. Trotz all dieser Herausforderungen würden sich neue Chancen ergeben. Mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell würden sich die Bausparkassenverträge derzeit zunehmender Beliebtheit erfreuen. „Die Produkte, die wir unseren Kunden anbieten, helfen ihnen in dieser herausfordernden Zeit“, unterstrich die EuBV-Vorsitzende.

Keine EU-Erweiterung um jeden Preis

Anschließend hielt der ehemalige Minister und einflussreiche EU-Abgeordnete Charles Goerens einen Vortrag über die politische Lage in der EU und die Zukunftsaussichten. Mit einer Prise Humor erinnerte der Redner an einen Sketch von Heinz Erhardt, der vor mehr als 40 Jahren die Runde gemacht hatte. In Anlehnung an die damals in Südafrika herrschende Apartheid-Politik hatte der deutsche Komiker die Spannungen in den Ost-West Beziehungen wie folgt beschrieben: „Bei uns ist es nicht die Rasse, sondern der Russe, der die Risse hervorruft.“ Dieser Satz sei heute aktueller denn je, so Goerens.



Der EU-Abgeordnete Charles Goerens und Joseph Daleiden, Präsident von CGFP Services, umgeben von Christian König, geschäftsführender Direktor der EuBV, Bernadett Tátrai, Präsidentin der EuBV, Ehrenstaatsminister Jacques Santer und Albert Hansen, Verwaltungsratsmitglied von CGFP Services (v.l.n.r.).

Der Referent würdigte die Verdienste der ehemaligen Santer-Kommission bei der Vorbereitung zur Einführung des Euro. Die gemeinsame europäische Währung sei als politisches Werk nicht von euroskeptischen Ökonomen herbeigeseht worden. „Wenn die Gefahren so offensichtlich werden wie 2008 bei der Bankenkrise, dann kann sich die EU auch zusammenreißen“, unterstrich Charles Goerens. Der europäische Rettungsschirm sei der Beleg dafür, dass die EU manchmal *ex nihilo* etwas zustande bringe, was ihr zuvor niemand zugetraut habe.

Der schnelle Aufschwung, der nach dem pandemiebedingten Einbruch erfolgt sei, habe einen Angebotsschock verursacht, der vergleichbar mit der Erdölkrise in den 70er Jahren sei. Gerade in Krisenzeiten sei die Regenerationskraft der EU jedoch beachtenswert. So habe es die Europäische Union z.B. geschafft, ein Programm in Höhe von 850 Milliarden Euro aufzustellen, das jetzt unter den europäischen Ländern verteilt werde.

Auch heute stehe die EU erneut vor gewaltigen Herausforderungen. Eine

davon sei die Erweiterung. Es genüge nicht, wenn die neuen Mitgliedsstaaten am Tag ihres Beitritts die dafür erforderlichen EU-Bedingungen erfüllen. Auch danach müsse sichergestellt werden, dass die europäischen Grundprinzipien eingehalten werden.

Einem EU-Staat, der schwerwiegend und fortdauernd dagegen verstoße, könne das Stimmrecht im EU-Minister rat entzogen werden. Dieser Fall trete jedoch nur ein, wenn alle anderen Mitgliedsstaaten sich für eine solche harte Sanktion aussprechen. Charles Goerens ist der festen Überzeugung, dass die Einstimmigkeit in diesem Beschlussverfahren aufgehoben werden muss: „Erst wenn wir über beschlussfähige Entscheidungsmechanismen verfügen, sollte eine Fortsetzung der EU-Erweiterung in Erwägung gezogen werden.“

Der erfahrene EU-Abgeordnete sprach sich dafür aus, dass sich die EU verstärkt den institutionellen Fragen widmen solle und verwies in diesem Zusammenhang auf Guy Verhofstadt. Der ehemalige belgische Premierminister und heutige

EU-Abgeordnete prophezeite, dass die EU in ihrer jetzigen Form das 21. Jahrhundert nicht überstehen werde, wenn sie ihre Entscheidungsmechanismen nicht reformiere.

Das Schlusswort ergriff Joseph Daleiden, Präsident von CGFP Services, zu deren Dienstleistungen auch die Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement zählt. Als scharfsinniger Kenner der EU-Szene habe Charles Goerens mit seinen sachlichen und aufschlussreichen Ausführungen eindrucksvoll geschildert, mit welchen Herausforderungen sowohl das EU-Parlament als auch die EU-Kommission und die EU-Mitgliedsstaaten zurzeit konfrontiert seien.

Zum Schluss äußerte Joseph Daleiden folgenden Wunsch: „Wir alle hoffen, dass das vereinte Europa den anstehenden Problemen gerecht wird, damit uns Frieden, Freiheit und Wohlstand erhalten bleiben.“ Abgerundet wurde die Feier mit einem Abendessen, das den Gästen die Gelegenheit bot, sich in einer entspannten Atmosphäre untereinander auszutauschen. ml



Cours de formation et d'appui scolaires

Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE:

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30, jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 • afas@cgfp-services.lu
• <https://www.cgfp-services.lu/services/afas>

AFAS CGFP

Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.



Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu sehr attraktiven Bedingungen

**Unschlagbares
Angebot**

für: Wohnungsbau/-kauf
Modernisierung
Grundstückwerb

mit: Sofortkredit
CGFP-Vorzugsdarlehen
Steuervorteilen

Lassen Sie sich
unverbindlich
beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden
oder QR-Code scannen:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg



Baukredit:
Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)

Baufinanzieren *aktuell*

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar. Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Heizkörper avancieren zu wärmespendenden Kunstobjekten

QUELLE: STUBESRADIATORI.COM / BEPPE BRANCATO, ART DIRECTION STUDIO MILO / BHW BAUSPARKASSE

Stilvoll und sparsam Heizen

Moderne Heizkörper sind oft gar nicht mehr als solche zu erkennen. In Form von Raumteilern, Regalen oder frei stehenden Skulpturen punkten sie als multifunktionale Designelemente – mit guter Wärmeleistung und niedrigem Energiebedarf.

Weiß und gerippt, das war einmal. Heute setzt man Heizkörper gern optisch in Szene. Dabei werten die modernen Geräte den Wohn- und Sanitärbereich in mehrfacher Hinsicht auf. In kräftigen Farben oder Metallic-Tönen, geradlinig oder verspielt, passen sie perfekt in jedes moderne Ambiente. Im Bad, Wohn- und Schlafbereich lassen sich die Geräte als Regale, Raumteiler, Garderoben oder frei

stehende Skulpturen einsetzen. Einige Hersteller bieten auch Heizkörper an, die sich Treppenläufen oder Dachschrägen anpassen.

Dabei sorgen Niedrigtemperatur-Heizkörper schon mit 55 Grad warmen Wasser für wohlige Wärme. „Wichtig ist, dass der Heizkörper nicht überdimensioniert ist und am richtigen Standort angebracht wird“, sagt Holm Breitkopf von der BHW Bausparkasse. Wer Räume nicht nur optisch, sondern auch energieeffizient aufwerten will, kann auf ein von Wärmepumpen betriebenes Heizsystem umstellen. So lassen sich bis zu 35 Prozent Energie gegenüber einer herkömmlichen Heizung sparen.



PRIMUS
HOME & PARTNERS

1 Kontakt
für all Projete

Kaf | Verkaf | Lokatioun | Promotion immobilière

Koordinatioun vun Äre Projete ••• Professionell Estimatioun
Frëndlechen a perséinlechen Service

Christian Eilert
Associé-Gérant

+352 26 67 22 86
+352 621 29 79 59
christian.eilert@primushome.lu

19, rue du Kroentgeshof | L-5312 Contern

www.primushome.lu

**ICI,
VOUS
AIMEREZ
VOTRE
OPEN
SPACE.**

**ÎLES CANARIES
VOLS + SÉJOUR 7 NUITS**
À PARTIR DE
699€*_{TTC}

*OFFRE SOUMISE À CONDITIONS ET SELON DISPONIBILITÉ. DATES DE VOYAGE DU 12 AU 19 JANVIER 2023.

RÉSERVEZ DU 17 OCTOBRE AU 31 DÉCEMBRE DANS VOTRE AGENCE LUX VOYAGES OU SUR LUXAIRTOURS.LU



*Hausmaacher Fleeschspezialitéiten an Charcuterie
aus regionaler a lokaler Produktioun*



Beefort - Iechternach - Veianen

facebook : Metzlererei Wietor
www.wietor.lu



CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE DE LA FONCTION PUBLIQUE
Boîte postale 210 • L-2012 LUXEMBOURG

Demande d'adhésion

CGFP

Je soussigné(e) déclare par la présente que j'adhère à la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP.

J'autorise le Bureau Exécutif de la CGFP à prélever sur mon compte-courant le montant de la cotisation annuelle.

Nom et prénom:

Domicile: Code postal no

Rue: no

Administration/Service:

Fonction: Date de naissance:

CCP ou
compte bancaire no: IBAN LU

....., le

(signature)

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00€ (retraités/veuves: 35,00€), comprend l'abonnement au périodique «fonction publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.

Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassende Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.

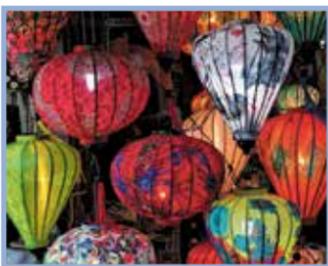




LUX VOYAGES



- HÖHEPUNKTE IM LAND VON „ONKEL HO“



Erleben Sie die Höhepunkte Vietnams in nur elf Tagen. Die vorgeschlagene Route unserer Länderexpertin führt Sie von Hanoi in die Halong Bucht, weiter in die Kaiserstadt Hue und schließlich in die Glitzermetropole Saigon. Perfekt für Vietnam-Einsteiger.

Fahren Sie in Hanoi mit einer Rikscha an den Obstverkäufern vorbei. Übernachten Sie auf einer romantisch anmutenden Dschunke in der legendär schönen Halong Bucht. Genießen Sie einen Abendbummel durch die von Lampions und Essensständen übersäte Altstadt von Hoi An. Verpassen Sie keinen dieser Momente!

Highlights

- Tägliche Abreise mit Durchführungsgarantie
- Unterwegs im Privatwagen mit Fahrer und Guide, Stopps, wann und wo immer Sie wollen
- Gastronomiekurs unter der Anleitung eines erfahrenen Kochs für vietnamesische Spezialitäten
- Übernachtung wahlweise in Standard-, Premium- oder Luxushotels

Reisepreis: ab 2.629 € pro Person im Doppelzimmer



LUX VOYAGES s.à r.l.

25-A, boulevard Royal
L-2449 Luxembourg
Tel.: 47 00 47 - 1
info@luxvoyages.lu

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen alle Inklusivleistungen und die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer individueller Fernasien-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.





fonction
publique

SPÉCIAL **LIVING**

Moderne Beleuchtung – das sind die Trends



Die modernen LED-Leuchten sind mittlerweile hochwertiger und haben eine höhere Lichtqualität. Es gibt sogar Akku-Tischleuchten ohne lästige Kabel. Ob tragbare Akku-Lampen im XS-Format oder eine raumübergreifende Lampe aus Stahl und Glas: Noch nie gab es so eine große Auswahl an energieeffizienter Beleuchtung. Handwerk und Innovation vereinen sich, um elegantere Leuchten in allen Formen zu kreieren.

Sanft und minimalistisch

Zu den häufigsten Einrichtungsfehlern, vor allem am Essplatz, zählt schlechtes Licht: zu kalt, zu grell oder zu diffus. Das liegt daran, dass die Lampe zu hoch über dem Tisch hängt. Es ist wichtig, dass das Licht am Tisch atmosphärisch ist, aber die Lampe muss

auch individuell anpassbar sein. Hersteller:innen und Designer:innen haben das Problem erkannt und bieten die Lösung für eine angenehme Stimmung: Lampen mit Papierschirmen. Die Palette reicht von Pendellampen bis hin zu Tisch- oder Deckenlampen.

Bei der Beleuchtung sind die gleichen Trends vorzufinden wie bei den Einrichtungstrends: Der Blick für das Wesentliche ist deutlich sichtbar. Es wird in geometrischen Mustern und Grundfarben gearbeitet (Schwarz, Weiß, Crème, Messing oder Chrome). Außerdem wird viel Wert auf natürliche, unverarbeitete Materialien gelegt: Holz, Stein, Metall und Kupfer sind hier die Hauptmaterialien. Die Leuchten sollen simpel und elegant sein und eine angenehme, gemütliche Atmosphäre schaffen.



IWWERT DER SAUERWISS HELLANGE

- Maisons de 215 à 295 m²
- Terrains de 2,77 à 5,52 ares
- Situation exceptionnelle dans un nouveau lotissement

ÄERDBIER STEINSEL

- Proche de toutes commodités
- Zone à trafic réduit
- À 10 minutes de la Ville de Luxembourg



HEK-TAR
BUREAU IMMOBILIER

15, rue Evy Friedrich
L-1552 LUXEMBOURG

www.hektar.lu
(+352) 2785 8040



hisfield

MERCI

pour votre engagement écologique

Primes fonds nova naturstrom



Bénéficiez d'une prime pour votre projet

Vous avez réalisé un projet d'énergie renouvelable, d'efficacité énergétique, d'éco-technologies ou d'utilisation rationnelle des ressources au Luxembourg? L'a.s.b.l. fonds nova naturstrom récompense entre autres des projets dans des domaines tels que la construction durable, la mobilité ou encore le chauffage.

Plus d'informations sur fnn.lu

Energy for today. Caring for tomorrow.



RÉSIDENCE RENAISSANCE

BELAIR

PRIX FIXE
JUSQU'À LA REMISE
DES CLÉS SANS INDEXATION

**DÉLAI LIVRAISON
GARANTI**



WWW.RENAISSANCE.LU | INFO@RENAISSANCE.LU
 📞 31 61 350 | WWW.CREAHAUS.LU | INFO@CREAHAUS.LU
 224, ROUTE D'ARLON L-8010 STRASSEN



CH OLMEDO
CREAHAUS

Isoler son logement : une démarche économique et citoyenne



Ces derniers mois, la crise climatique s'est doublée d'une flambée des prix de l'énergie. Mieux isoler son logement est devenu désormais une nécessité, mais la perspective de travaux pénibles et le coût élevé d'une rénovation peuvent effrayer certains propriétaires. Ces quelques pistes vous aideront à prendre la bonne décision.

Quand le chauffage coûte trop cher, on pense souvent aux « passives thermiques », ces logements

anciens dans lesquels il faut monter constamment le thermostat pour ne pas être frigorifié.

Les points névralgiques d'un immeuble sont la toiture, les murs, le plancher et les fenêtres. Et pour chacun d'entre eux, des solutions performantes existent.

Rénover un logement est donc l'occasion idéale pour intégrer les critères de performance thermique. Mais peut-être n'êtes-vous pas prêt

à assumer de gros travaux ? Le remplacement des menuiseries extérieures figure en tête des solutions à envisager pour transformer son logement en un nid douillet, économique et écologique.

Ne jetez pas l'énergie par les fenêtres !

Les fenêtres représentent le point faible de l'enveloppe thermique du bâtiment. Les études sont formelles : 10 à 25 % des énergies de chauffage sont perdus à cause de fenêtres peu isolantes ou trop anciennes. Le bois, l'aluminium et le PVC offrent aujourd'hui tous les trois une excellente isolation thermique. Le vitrage a également bénéficié d'innovations intéressantes. Il ne s'agit plus uniquement de retenir la chaleur, mais de profiter au maximum de l'énergie solaire qui traverse la fenêtre. Ainsi la composition d'une fenêtre est déterminante. Il importe de savoir que la qualité d'un vitrage est influencée par deux composantes : le coefficient de transmission énergétique U_w et le facteur solaire g . Pour chaque cas, il s'agit de trouver un compromis entre les deux exigences.

L'étendue des surfaces vitrées et l'orientation des fenêtres jouent également un rôle déterminant dans la qualité de l'enveloppe thermique de la maison.

Vous l'aurez compris, plusieurs facteurs sont à prendre en considération.

Fabricant de fenêtres au Luxembourg depuis 1956 et expert en matière de logement durable, Metalica vous accompagne dans vos projets neufs et de rénovation. À Esch-sur-Alzette, dans un showroom de 500 m², vous trouverez une multitude d'idées et d'informations.

Pour un accueil personnalisé, prenez rendez-vous au 52 55 21 56-1.

METALICA
SHOWROOM

181, rue de Luxembourg
L-4222 ESCH/ALZETTE
info@metalica.lu
www.metalica.lu

galerie
moderne
AMEUBLEMENT GREVENMACHER

f @ gmg.lu



Zenter
1949

INTERIOR

DESIGN

mat

PASSIOUN



BERG
1.396.358 € TVA 3% incluse



CLEMENCY
1.204.988 € TVA 3% incluse



GARNICH
1.806.988 € TVA 3% incluse

RÉSIDENCE CUMULUS



- 6 Appartements à vendre à Steinsel - Heisdorf de 55m² à 88m²
- Résidence à basse consommation d'énergie
- Cahier de charges haut de gamme

****uniquement pour personnes éligibles d'une prime de construction.****



HEISDORF
1.772.169 € TVA 3% incluse



LEUDELANGE
1.855.780 € TVA 3% incluse



JUNGLINSTER
1.804.640 € TVA 3% incluse



MOUTFORT
1.584.665 € TVA 3% incluse

PROJETS BIENTÔT DISPONIBLES:

- *Nospelt
- *Wecker
- *Walferdange
- *Neuhaeusgen
- *Oetrange
- *Münschecker



BRIDEL
2.045.007 € TVA 3% incluse



ESCH-SUR-ALZETTE
1.998.213 € TVA 3% incluse



EPELDORF
995.747 € TVA 3% incluse



WELFRANGE
1.620.974 € TVA 3% incluse



REULAND
1.567.755 € TVA 3% incluse



MOUTFORT
1.523.520 € TVA 3% incluse



OLM
1.406.646 € TVA 3% incluse

Découvrez d'autres projets sur notre site:
www.wiesen-piront.lu

Wiesen-Piront Constructions S.A
88, rue de Luxembourg
L-8140 Bridel
Tél.: 333 628 - 1
Email: info@wiesen-piront.lu



wiesen-piront.lu



MARNACH
864.840 € TVA 3% incluse

Ce document n'a pas de valeur contractuelle

Vintage ist in!

Das „Upcyclen“ ist die Kunst, alte Möbel, Deko-Artikel und Lampen neu aufzuwerten. Ein Trend, der nicht nur interessant für die Umwelt, sondern auch vorteilhaft für die Geldbörse sein kann.

Möbel und Einrichtungsgegenstände, die ansonsten im Mülleimer landen würden, werden durch eine Aufwertung wieder brauchbar gemacht: Hier gilt es nicht nach einer genauen Anleitung vorzugehen, sondern aus dem, was bereits vorhanden ist, einen Mehrwert zu schaffen. Mit der wachsenden Begeisterung für Nachhaltigkeit ist „Upcycling“ zum Trend geworden.

Alten Möbeln ein zweites Leben schenken

Bei der Umgestaltung sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt.

Mit wenig Aufwand und einfachen Materialien entstehen aus alten Tischen, Stühlen und Regalen interessante Hingucker für die Wohnung. Versuchen Sie Ihr Glück beim Vintage-Shopping! Dieses umweltfreundliche Konsumverhalten erspart Ihnen Zeit, Geld und sorgt garantiert für einen Aha-Effekt bei Ihren Gästen.

Der „Upcycling“ Trend mit seinem industriellen Charme, bedient sich auch zahlreicher Paletten- und Kistenmöbel. Diese können besonders einfach zu Möbeln gestaltet werden, da die bereits fertig zusammengebauten Teile eine einfache Basis schaffen. Hier ist nur zu beachten, dass die Teile nicht mit Schadstoffen belastet sind. Aus alten Leitern lassen sich somit ausgezeichnete Regale für Pflanzen zaubern oder Garderobenableger im Eingangsbereich einrichten.

Secondhand ist Trumpf

Doch nicht nur Möbel können mit dem richtigen Kniff wiederverwendet werden. Auch Alltagsgegenstände, die sonst für nichts mehr genutzt werden können, sind mit der richtigen Idee und etwas Kreativität noch im Haushalt als Deko-Artikel nützlich. Das geht von Altglas über Kleiderbügel bis hin zum Kinderspielzeug: Es gibt kein Gegenstand, der nicht durch „Upcycling“ wiederverwendet werden kann.

Alte Flaschen oder Glascontainer dienen zum Beispiel als Blumenvasen oder als Teelichtbehälter.



Mit ihnen lassen sich sogar Tischbestecke elegant verstauen. Mit etwas handwerklicher Arbeit kann aus Kleiderbügeln und einer Holzplatte ein Abstelltisch gebastelt

werden. Es gibt unendlich viele Beispiele des „Upcycling“. Lassen Sie Ihrer Fantasie freien Lauf und machen Sie aus Ihrem Zuhause ein trendiges „Upcycling“-Paradies.

**IHRE TREPPE
LEICHT
HINAUF UND
LEICHT
HINUNTER**

Entdecken Sie den Treppenlift und den Hauslift von TK Elevator. **Kostenloses Preisangebot und Beratung telefonisch unter 40 08 96 oder per E-Mail unter luxembourg@tkelevator.com**

www.tkelevator.lu

TKE

MOVE BEYOND

**MÉI WÉI ENG WUNNENG -
ZU ENGEM ABORDABELE PRÄIS
LOUNEN**

f t in

www.fondsdulogement.lu

FONDS DU
LOGEMENT

EMPFÄNKEN, LOGÉIEREN A BEGLEEDEN

VOS RÊVES SUR-MESURE

f

25, rue G-D Charlotte | L-7520 Mersch | T (+352) 32 00 72-1 | info@hfm.lu | www.hfm.lu

HfM
HOFFMANN FRÈRES
PORTES | PARQUETS | BOIS

Ce que je fais aujourd'hui a un impact sur la vie de mes enfants et notre planète.

Découvrez l'histoire
de Patrick :
klimabonus.lu



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG



klima
agence



8002 11 90



Klimabonus

Mes efforts peuvent faire la différence.
Pour moi. Pour le climat.
Pour les générations futures.

Zesumme spueren – Zesummenhalen

La guerre en Ukraine a mis en lumière la forte dépendance énergétique européenne de la Russie. Nous voulons devenir indépendants des énergies fossiles : pour notre liberté, notre sécurité – et pour protéger notre climat. Nous y parviendrons en économisant de l'énergie et en développant rapidement les énergies renouvelables.

Le gouvernement a lancé la vaste campagne d'économie d'énergie « **Zesumme spueren – Zesummenhalen** ». L'objectif de la campagne est d'inciter l'ensemble de la société à économiser l'énergie.

Les mesures volontaires visent à inciter les consommateurs de gaz naturel à tout mettre en œuvre pour atteindre une réduction de leur consommation en gaz naturel d'au moins 15 % par rapport à la moyenne de la consommation dans la période de référence des années 2017 à 2021. Cette première phase volontaire prévoit des mesures spécifiques pour quatre catégories d'acteurs.

1. Les acteurs étatiques : montrer l'exemple

Le gouvernement a décidé au Conseil de gouvernement du 2 septembre 2022 des mesures d'économie d'énergie auprès de l'État; une note d'instruction décrivant des mesures de réduction de consommation à mettre en œuvre sera adressée à tous les ministères et administrations. Une note y relative a déjà été adressée à l'ensemble du personnel de l'État. Ces mesures prévoient notamment une réduction de la température de chauffage à 20°C, ainsi que des principes généraux de réduction de la consommation d'énergie et seront accompagnées par un conseil en énergie.

À préciser que les mesures décidées ne se limitent pas exclusivement à la réduction de la consommation de gaz naturel, étant donné que l'économie d'énergie sur tout vecteur énergétique (électricité,

fioul de chauffage, carburants, etc.) peut également contribuer de manière indirecte à une réduction de la consommation de gaz naturel au niveau européen.

2. Les acteurs communaux : acteurs clés dans la réduction de la consommation énergétique

Les communes qui sont engagées dans le Pacte Climat font déjà des efforts et sont actives dans l'amélioration continue de leur efficacité énergétique, avec comme objectif de réduire leur consommation d'énergie et par conséquent leurs coûts d'énergie. Une circulaire leur a été adressée début août, proposant des mesures concrètes de sobriété énergétique dans le cadre des diverses activités communales. Avec ces mesures, une économie de 10 à 20 % de gaz naturel peut être obtenue par les acteurs communaux. Les communes ont également la possibilité de profiter du service de conseil qui a été mis en place dans le cadre du Pacte Climat 2.0.

« En plus des mesures, nous devons renforcer la résilience des communes en matière d'énergie. Il importe de se préparer à des situations extrêmes et imprévues, même en étant confiants que les mesures retenues seront suffisantes », souligne la ministre de l'Intérieur Taina Bofferding.

À cette fin, la ministre annonce que la collaboration avec les communes pour mieux se préparer à tous scénarios possibles, sera abordée lors de la prochaine réunion du groupe de travail « communes résilientes » dans le cadre de la plateforme nationale pour la réduction des risques de catastrophe.

3. Entreprises: service de conseils et mesures concrètes en cours

Les entreprises sont également appelées à mettre en œuvre des mesures de réduction de leur consommation de gaz naturel et d'électricité, avec les moyens qui sont à leur disposition. À cette

fin, un programme d'engagement volontaire sera lancé. Des mesures concrètes dans le secteur industriel ont été discutées et préparées avec la FEDIL. Afin d'aider les entreprises à trouver des potentiels de réduction de consommation, la Chambre des métiers et la Chambre de commerce, avec la « Klima-Agence », mettront en place un service de conseils dans ce domaine et une hotline per-

mettant aux entreprises d'obtenir facilement des renseignements. Ces mesures peuvent apporter une réduction de 20 à 30 % de la consommation de gaz naturel des entreprises et du secteur industriel.

À cela s'ajoute un appel à la solidarité et à la vigilance des commerçants luxembourgeois pour soutenir les mesures visant à économiser de

Luxembourg 26 44 13 88 | Diekirch | Mersch | b-immobilier.lu



60% VENDU

La résidence ne subira aucune révision des prix, ni pour le changement de l'indice, ni pour une éventuelle hausse du prix des matériaux. La livraison est prévue pour printemps 2024.



Résidence LE CYGNE à KOPSTAL
2 bureaux et 12 appartements de haut standing.
Pour plus d'informations: 691 350 487.

B IMMOBILIER
BINGEN & ASSOCIÉS



PREFALUX
HOME



“ À NIEDERDONVEN, PREFALUX HOME DÉVELOPPE L'**HARMONIE** ”

Découvrez le nouveau projet Prefalux Home à Niederdonven

Projet de 2 maisons individuelles

CE PROJET VOUS INTÉRESSE ?
SCANNEZ LE QR-CODE ET TÉLÉCHARGEZ LA PLAQUETTE ET LES PLANS ICI >>>



www.prefalux-home.lu

18, rue de la Gare
L-6117 Junglinster
789 511 - 511
HOME@PREFALUX.LU

PREFALUX
HOME

Comment économiser de l'énergie à la maison ?

zesumme spueren
ZESUMMENHALEN



Je règle la température à 17-20°C selon la pièce.



J'utilise moins d'eau chaude.



Je contrôle la consommation de mes appareils électroménagers (réfrigérateur, congélateur, etc).



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG

Je participe
zesumme-spueren.lu
+352 247 86 902



l'énergie. Dans le contexte de la campagne nationale d'information « Zesumme spueren – Zesummenhalen », la Direction générale des classes moyennes, la Confédération luxembourgeoise du commerce, la Fédération des artisans et la Chambre de commerce enverront un courrier à tous les commerçants du Grand-Duché afin de les sensibiliser et de les soutenir dans leurs projets d'économie d'énergie avec des recommandations et des exemples de bonnes pratiques.

Lex Delles, ministre des Classes moyennes, souligne : « Économiser de l'énergie est un objectif qui concerne tous les acteurs de notre société. Dans ce contexte, les entreprises jouent un rôle important, car elles peuvent contribuer de manière significative à la réduction de la consommation d'énergie. Je me réjouis tout particulièrement de l'échange productif et étroit avec les chambres professionnelles et les fédérations qui soutiennent les entreprises dans leurs efforts en matière d'économie d'énergie, notamment à travers la campagne nationale d'information « Zesumme spueren – Zesummenhalen. »

4. Citoyens : « Zesumme spueren – Zesummenhalen »

Le grand public, donc l'ensemble des citoyens, a aussi un rôle important à jouer en vue des objectifs de

réduction de la consommation. Aujourd'hui, une campagne nationale de sensibilisation est lancée : « Zesumme spueren – Zesummenhalen ». La campagne multi-média est accompagnée d'un site internet (www.zesumme-spueren.lu) destiné à informer chaque citoyen sur les mesures à mettre en place pour économiser de l'énergie et par conséquent aussi de l'argent. Les ménages qui utilisent un chauffage à gaz, peuvent par exemple économiser jusqu'à 10 % rien qu'en diminuant la température de 1 à 2 degrés dans leur domicile et même davantage dans les pièces inoccupées. En outre, le site internet informe les citoyens sur les différentes aides financières qui sont disponibles pour faciliter les travaux de rénovation énergétique et la transition vers les énergies renouvelables et pour soutenir les ménages à faibles revenus.

D'après les estimations des potentiels d'économie respectifs susmentionnés, la réduction de 15 % peut être atteinte grâce aux mesures volontaires, sous condition que chaque acteur est prêt à faire des efforts à son niveau et à s'investir activement dans la campagne.

Chaque kilowattheure d'énergie économisé compte. Tous ensemble, nous pouvons atteindre cet objectif. Dans cet esprit : « **Zesumme spueren – Zesummenhalen !** »



**ÄR FËNSTER-
FABRIK ZU
LËTZEBOURG
ZANTER 1956**



ENERGIE SPUEREN MAT NEIEN FËNSTEREN AN DIIREN



SHOWROOM

181, rue de Luxembourg – L-4222 ESCH/ALZETTE
Tel.: (+352) 55 21 56-1 | info@metalica.lu | www.metalica.lu



Mir freeën eis op Ären Besuch

Méindeg bis Freideg, 9.00 – 18.00 Auer

Samschdeg, 9.00 – 13.00 Auer

Oder op Rendez-vous: www.metalica.lu

Transformer sa salle de bains en espace wellness : du rêve à la réalité



Transformer une salle de bains en un espace dédié au bien-être. Vous en avez toujours rêvé ? Voici nos astuces et conseils pour faire de votre rêve une délicieuse réalité.

Après une longue journée de travail, il est agréable de pouvoir se détendre et se relaxer de retour à la maison. Évacuer la tension et le stress accumulés en cours

de journée contribue à préserver votre santé physique et votre équilibre psychique. Pour cela, rien de mieux que de transformer une salle de bains banale en un espace de bien-être accueillant, confortable et chaleureux. Un rêve impossible ? Pas du tout ! Voici 6 pistes qui vous permettront d'y parvenir tout en maîtrisant votre budget.

6 pistes incontournables

Un aménagement judicieux et des matériaux de qualité transformeront votre salle d'eau en un espace de wellness propice à la relaxation :

- Privilégiez les lignes fluides : les formes arrondies embellissent la salle de bains. Un miroir et un lavabo tout en rondeurs apportent de la douceur. Les meubles de salle de bains contemporains se distinguent aussi par leurs angles arrondis. Combinez les formes rondes avec un marbre moderne ou des couleurs attrayantes.
- Optez pour une finition minimaliste : pour plus de confort, n'encombrez pas la salle de bains et ne surchargez pas sa décoration. Un lavabo encastré, des tiroirs spacieux, une baignoire à bord mince et en finition mate vous y aideront.
- Donnez priorité au naturel : nature et design vont toujours de pair. Pensez à des meubles en bois ou en marbre accentuant la sensation de la zénitude. Pour le bac de douche et les panneaux muraux, choisissez une texture ardoise. Antidérapant, le matériau arbore le look robuste de la pierre naturelle. Et n'oubliez pas d'ajouter quelques belles plantes vertes.
- Adaptez l'éclairage : pour une ambiance zen, optez pour des lumières tamisées. Pour une atmosphère intimiste, mettez des bougies sur le bord de la baignoire.
- Sélectionnez les couleurs : les couleurs choisies renforcent l'ambiance de l'espace du bien-être. Privilégiez les teintes claires, douces et chaleureuses (beige, taupe...) ou optez pour une palette de couleurs bleue et verte afin de créer une atmosphère marine et végétale.
- Valorisez le linge de bain : sélectionnez les bonnes serviettes de bain. Dans les spas, le blanc (pour les serviettes et peignoirs) est un must absolu. Mais vous pouvez personnaliser votre espace wellness en optant pour une autre couleur, à une condition : veillez toujours à une couleur unie.

TERRAIN
EN APPARTEMENT
RHAISER

Entdeckt eis nei Projeten op: arend-fischbach.lu

DE NOUVEAUX CONCEPTS IMMOBILIERS POUR VIVRE AUTREMENT

L'immobilier change et se renouvelle sans cesse. Et les projets sont nombreux. Comment choisir un appartement plutôt qu'un autre ? Comment trouver un logement qui nous correspond ? Nous vous présentons ici 2 projets qui se démarquent pour répondre aux besoins spécifiques de chacun-e. Développés par le promoteur immobilier durable Codur, ils ont pour fil conducteur le bien-être des habitants, la convivialité des espaces de vie et le respect de l'environnement.



VIVRE SANS VOITURE AU KIRCHBERG

Vélos, trottinettes... De plus en plus de travailleurs utilisent des modes de transport alternatifs à la voiture au quotidien. Un nouveau projet avant-gardiste et écologique au Kirchberg valorise l'utilisation des nombreux transports en commun ainsi que la mobilité douce. Le concept ? Choisir de vivre sans voiture.

Deux résidences avec appartements et duplex proposent des locaux sécurisés pour les vélos au lieu d'emplacements de parking. Les futurs habitants d'une des résidences pourront toutefois bénéficier de vignettes de stationnement octroyées par la Ville de Luxembourg. Les espaces extérieurs sont aussi privilégiés. Les terrasses et jardins privés offrent des lieux de vie supplémentaires, une rareté pour le quartier du Kirchberg.

Cerise sur le gâteau pour les amateurs de patrimoine : une ancienne ferme sera rénovée et sa façade historique préservée. Les deux résidences incluront les dernières avancées technologiques pour atteindre une haute qualité énergétique et environnementale.

📍 3, rue Paul Noesen | L-8281 Luxembourg
160, rue du Kirchberg | L-1858 Luxembourg
codur.lu/kirchberg

S'OUVRIRE À L'AUTRE ET À LA NATURE À KEHLEN

Le contexte sanitaire particulier que nous connaissons depuis 2 ans a mis à rude épreuve les contacts humains. À l'entrée du village de Kehlen, un nouveau projet de 2 résidences s'adresse aux personnes en recherche d'ouverture, de détente et de convivialité. Son originalité réside dans le jardin commun qui accueillera un pavillon où les habitants pourront se réunir et organiser des activités ensemble selon leurs envies.

Une place importante est laissée à la biodiversité et à la détente dans ce jardin naturel avec potager commun. L'ouverture sur l'extérieur s'exprime aussi par des loggias privatives spacieuses, véritables salons d'hiver et d'été outdoor qui permettent de profiter de chaque saison et laissent entrer la lumière naturelle dans le séjour.

📍 23-25, rue d'Olm | L-8281 Kehlen
codur.lu/callido

Codur construit **des résidences écologiques à taille humaine** qui privilégient :

- le bien-être des habitant-e-s
- les matériaux de qualité et biosourcés
- la convivialité des espaces de vie
- le plus grand respect de l'environnement, de la nature et de chacun-e

Codur est une entreprise familiale qui fête ses 20 ans cette année. Sous l'impulsion de sa directrice Céline Depiesse, l'équipe de 10 personnes développe des projets immobiliers durables qui se veulent différents pour répondre à la demande des personnes en recherche de nouvelles façons de vivre. Codur a notamment développé la Villa Lorenz à Lorentzweiler, le premier habitat participatif pour les 50+ au Luxembourg. Les habitant-e-s y disposent chacun-e d'un appartement privatif et, ensemble, de parties communes où ils se réunissent librement.

D'autres projets de « vivre ensemble autrement » sont en cours de réflexion. L'équipe aura le plaisir de vous les présenter en 2023.



JAPANDI : Weniger ist mehr - Elegant und reduziert



„Japandi“ ist, wenn dänisches Design und schwedische Zurückhaltung auf japanischen Minimalismus treffen. Geografisch Tausende Kilometer voneinander entfernt und dennoch stilistisch so ähnlich: Die beiden Einrichtungsstile aus Japan und Skandinavien ähneln sich in vielen Hinsichten. Es schien nur eine Frage der Zeit zu sein, bis sich beide Stile treffen, um einen neuen Wohntrend zu kreieren: „Japandi“.

Gemütlichkeit trotz reduzierter Ästhetik

Japandi-Möbel sind reduziert und filigran gestaltet. Das Hauptelement des Stils ist die Geradlinigkeit. Im Fokus stehen flache, funktionale Polstermöbel. So sieht der Raum sehr aufgeräumt aus und strahlt Eleganz aus. Die warme Geborgenheit des Hygge, des dänischen Lebensgefühls, trifft auf asiatische Strenge. Die Einrichtung ist aber keineswegs kühl: Organische

Formen und die rustikale Wohnlichkeit des japanischen Wabi-Sabi – der Liebe zu Einfachheit, Patina und Unvollkommenheit – fügen sich zusammen, um eine gemütliche, aber minimale Atmosphäre zu gestalten.

Zeitlose Materialien

Die Nähe zur Natur steht im skandinavischen Design hoch im Kurs: Materialien wie Holz und Glas vermitteln Wärme und Wohnlichkeit. Durch die traditionellen Einschläge Japans wird diese Vorliebe ergänzt durch Oberflächen aus Naturstein (Schiefer oder Lampenschirme aus hochwertigem Papier) sowie durch die Präsenz von Bambus-Elementen. Da kein Gebrauch von modernen Kunststoffen notwendig ist, wirken die Räume besonders zeitlos.

Farben und Muster

Zu den Gemeinsamkeiten der beiden Stile gehört auch etwas Mut. Während im japanischen Stil die Farben eher neutral bleiben, scheuen sich die Skandinavier nicht vor Pastell, Mintfarben oder kräftigen Rot- und Blautönen. Auch bei den Mustern treffen hübsche schwedische Blumenmuster auf japanische Geometrie. Hier gilt es,

beides auf eine detaillierte und dezente Art und Weise zu kombinieren. Im Zweifel bleibt einem Schwarz als zeitloser Alleskönner und gemeinsamer Nenner beider Wohntrends.

Dekoration und Handwerkskunst

Weniger ist mehr – vor allem in der japanischen Einrichtungskunst. Zu viel Dekoration oder Kitsch kommen darin nicht vor. Dabei ist Wabi-Sabi keineswegs unemotional, sondern es geht darum, geliebte und unperfekte Objekte bewusst in Szene zu setzen. Der Wert eines Einrichtungsgegenstandes hängt von der Qualität und der Verarbeitung ab. Die Handwerkskunst wird in beiden Kulturen sehr hoch geschätzt. Kunstvoll gearbeitete Vasen oder mundgeblasene Glaswaren finden im Japandi-Stil ihren Platz.

Der Japandi-Stil hinterlässt einen bleibenden Eindruck. Dieser wirkt zu harmonisch und zeitlos, als dass es sich um eine kurzfristige Moderscheinung handeln würde. Offensichtlich sind sich Skandinavien und Japan trotz der kulturellen Unterschiede sehr nah, wenn es um den Geschmack für Einrichtung und Ästhetik geht.

Groupe
renovation.lu
Handwerk aus Lëtzebuerg

www.renovation.lu

☎ 288 308





ROMABAU

NOUS CONSTRUISONS *des maisons de qualité* POUR DES GÉNÉRATIONS



maisons massives
clés en main



résidences



poses de
carrelage



aménagements
extérieurs



rénovations



LA PROMESSE D'UNE RÉUSSITE:

- Votre maison au meilleur rapport qualité/prix.
- Une équipe de professionnels à votre écoute.
- Une équipe solide, dynamique et compétente.
- Les technologies les plus avancées.
- Des matériaux de 1ère qualité.
- Des constructions traditionnelles passives.
- Des intérieurs soignés.

Prenez dès maintenant rendez-vous pour un devis gratuit et sans engagement pour la maison de vos rêves faite sur mesure ...



Avez-vous **un projet en tête ?**
Parlons-en ensemble.

Nos architectes sont à votre écoute et nos équipes vous accompagnent **de la conception à la réalisation...**

Ensemble, faisons que votre bonheur devienne une réalité !

ROMA-BAU • 6, Beelerstrooss • L-9991 Weiswampach • Tél.: 26 95 78 18 • Fax: 26 95 78 28 • info@romabau.com

WWW.ROMABAU.COM

„Urban Jungle“

Zimmerpflanzen stellen keinen neuen Trend dar. Das Phänomen des „Urban Jungle“, also dem Großstadtdschungel, ist jedoch etwas jünger. Beim „Urban Jungle“-Wohntrend geht es um alles, was mit Pflanzen und Exotik zu tun hat. Die Idee besteht darin, sich den Dschungel in die eigenen vier Wände zu holen.

Insbesondere tropische Zimmerpflanzen wie die Monstera, die Glücksfeder, Kakteen oder Farn und Palmen eignen sich dafür. Diese können entweder als echte Zimmerpflanzen oder sogar als Print auf Tapeten, Bettwäsche oder Deko-Artikel zur Geltung kommen, frei nach dem Motto „Es kann nie genügend Pflanzen geben!“ Damit jedoch ein Raum nicht zu unruhig und einengend wirkt, sollte am

besten nur eine Wand im exotischem Look gestaltet werden. Somit bleibt mehr Spielraum, um mit Dekoration und einer Menge Pflanzen die perfekte Atmosphäre zu schaffen.

Ein anderer großer Vertreter im „Urban Jungle“-Trend sind Trockenpflanzen. Mit einer Lebensdauer von bis zu zwei Jahren sind diese Arrangements im Vergleich zur frischen Sorte eine kluge Investition. Flauschige Pampasfedern, getrocknete Palmenspeere und Gras eignen sich hervorragend für tropische oder botanische Designthemen. Sie machen den „Urban Jungle“-Trend sogar für jene Menschen möglich, die über keinen grünen Daumen verfügen.

Außerdem spielen Materialien, die auf die Natur verweisen (Holz,

Bast, Rattan und Leinen) eine wichtige Rolle. Hier wird sich nicht nur auf die Möbel beschränkt: Versuchen Sie, es sich mit Teppichen aus Rattan oder Lampen mit einem Holzständer gemütlich zu machen.

Die Trend-Farbe Grün ermöglicht ihnen zudem, sich auch in kalten, regnerischen Tagen die Tropen in ihr Eigenheim zu holen: Sei es auf

der Wand, anhand von Kissen oder sogar auf dem Sofa. Ein grüner Farbkleck inmitten Ihrer Pflanzen macht jedes Zimmer sofort zum „Urban Jungle“.

Es ist also ziemlich einfach, ein bisschen Tropenflair in die eigenen vier Wände zu bringen. Dies gilt auch für diejenigen, die keine Zeit haben, Pflanzen zu hegen und zu pflegen.



It's time to
feel at home

ing.lu/immo

**Vous désirez acheter une maison, un appartement,
un terrain ou encore construire vous-même ?**

Dans ce cas, vous avez besoin d'un partenaire financier solide afin de concrétiser votre projet. Prenez un rendez-vous avec l'un de nos experts et bénéficiez de nos conseils personnalisés.



Prendre rendez-vous

ING Luxembourg S.A. - 26, Place de la Gare, L-1616 Luxembourg - R.C.S. Luxembourg B.6041 - TVA LU 11082217 - ing.lu



do your thing



Ihr direkter Link zur Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu

Gut wohnen heißt: gut beraten sein

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
info-lux@bhw.lu
www.bhw.lu

BHW 
Gemeinsam für Ihr Zuhause